



NR. 1 DES GROSSEN GEMEINDERATES (GGR)

Datum/Zeit	Donnerstag, 25. März 2010 von 16.00 - 20.45 Uhr	
Ort	Im TELL-Saal, Bernstrasse 101	
Vorsitz	Lucia Müller (SVP)	1
Stimmzähler	Roland Rüfli (FORUM), Roger Schär (parteilos)	2
Anwesend	<i>SP/Grüne/Gewerkschaften/parteilose</i> : Biner Jacques, Burkhalter Hans-Rudolf, Dogan Aziz, Hirt Bruno, Kehrlı Rudolf, Mahler Rudolf, Nova Colette, Riesen Norbert, Schärer Liliane, Scheidegger Jürg-Sven, Wiedmer Rudolf, Zeyer Christian (<i>ab 20.30 Uhr</i>)	12
	<i>SVP</i> : Blaser Erich, Hausammann Hans-Rudolf, Hirsiger Ernst, Landolf Marianne, Truog Markus, Weber Beat, Wegmüller Nadine, Wegmüller Thomas, Zaugg Gerhard	9
	<i>EVP</i> : Bolliger Renate, Gerber Philippe, Wagner Peter, Wagner Rahel	4
	<i>FORUM</i> : Bendoza Thomas, Bruderer Walter, Schenk Madeleine	3
	<i>FDP</i> : Wegmann Peter, Werner Michael	2
	<i>CVP</i> : Weibel Monika	1
	<i>Total anwesend</i>	<u>34</u>
	<i>Gemeinderatsmitglieder</i> Zahler Christian (Gemeindepräsident), Ernst Synes, Iten Thomas, Julmi Egon, Lüthy Ursula, Norton Boss Ursula, Panayides Alikı Maria, Rüedi Urs, Unteregger Schütz Regula Meyer Marianne, Gemeindeschreiberin	
Protokollführer	Kumli Jürg, Ratssekretär	
Entschuldigt	<i>GGR-Mitglieder</i> : Gfeller Heinz (FDP), Mantarro Alessandra (FORUM), Rippstein Eduard (CVP), Schröter Bruno (EVP)	
Unentschuldigt	<i>GGR-Mitglieder</i> : Jost Therese (SP), Rettore Mirjam (FDP)	

TRAKTANDEN

1. Protokoll der 6. Sitzung vom 29. Oktober 2009; Genehmigung	4
2. Protokoll der 7. Sitzung vom 10. Dezember 2009; Genehmigung	5
3. Spezialkommission "Tram Region Bern"; Ersatzwahl	6
4. Informatik: Beschaffung neuer Server-Hardware 2008; Kreditabrechnung.....	7
5. Überbauung "Hättenberg" / "Grube" und Bereich Waldweg: Erschliessung und Erneuerung der Wasser- und der Abwasserleitungen; Kreditbewilligung	9
6. Güterbahnhof (Güterstrasse + Ringstrasse): Erneuerung bzw. Verlegung von Wasserleitungen; Kreditabrechnung	12
7. Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule	13
8. Überparteiliche Motion betreffend Regionalkonferenz: Potenzielle Aufgaben der Gemeindeparlamente; Begründung	26
10. Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen; Begründung	31
9. Motion EVP-Fraktion betreffend Weiterführung des Eltern-Kind-Treffs; Begründung....	36
11. Orientierung des Gemeinderates	39
12. Motion FORUM-Fraktion Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen "COOP-Rüti und Rörswil"; parlamentarischer Neueingang	40
13. Motion EVP-Fraktion betreffend Vermietung des Tell-Saals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien; parlamentarischer Neueingang	41
14. Überparteiliche Motion für eine effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen; parlamentarischer Neueingang	42

GROSSER GEMEINDERAT OSTERMUNDIGEN

Die Präsidentin:

Der Protokollführer::

Lucia Müller

Jürg Kumli

Der Stimmzähler:

Der Stimmzähler:

Roland Rüfli

Roger Schär

Ratspräsidentin: Ich begrüsse alle Anwesenden zur 1. Sitzung des Grossen Gemeinderates von Ostermündigen. Speziell heisse ich die politisch interessierten Zuhörerinnen und Zuhörer und die Pressevertreterinnen willkommen.

Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäss einberufen und vorschriftsgemäss publiziert worden ist. Ich bitte den Ratssekretär um Namensaufruf.

Heute Abend sind 33 Ratsmitglieder anwesend. Der Rat ist somit beschlussfähig.

Mitteilungen der Ratspräsidentin

Auf den Tischen wurden die folgenden Unterlagen verteilt:

- ① Stellenplan per 1.1.2010
- ① Evaluation 2009 / Schwerpunkteprogramm 2010; offene Kinder- und Jugendarbeit
- ① Im Anschluss an die heutige Sitzung treffen wir uns im Restaurant „Bären“ zum Eistannd der Ratspräsidentin. Die Getränke müssen selber bezahlt werden.
- ① Der diesjährige Ratsausflug findet nach den Sommerferien statt. Datum und Programm werden zu gegebener Zeit bekannt gegeben.
- ① Die nächste ordentliche Sitzung findet am 20. Mai 2010 statt.

Traktandenliste

Traktandum Nr. 11: „Orientierungen des Gemeinderates“

- a. Brasserie TELL; Beendigung des Mietverhältnisses per 30. September 2010 (Sprecher: Ch. Zahler)
- b. Rücktritt aus dem Gemeinderat (Sprecherin: Ursula Norton Boss)

100.3 Protokollgenehmigung

1. Protokoll der 6. Sitzung vom 29. Oktober 2009; Genehmigung

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 6. Sitzung des GGR vom 29. Oktober 2009 wird unter Verdankung an den Verfasser genehmigt.

100.3 Protokollgenehmigung

2. Protokoll der 7. Sitzung vom 10. Dezember 2009; Genehmigung

Ratspräsidentin: Im GPK-Protokoll vom 17. März 2010 konnten die Ergänzungen nachgelesen werden. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Grosse Gemeinderat (GGR) fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Das Protokoll der 7. Sitzung des GGR vom 10. Dezember 2009 wird unter Verdankung an den Verfasser genehmigt.

10.6.30 Spezialkommissionen GGR
10.20.13 Tram Region Bern

3. Spezialkommission "Tram Region Bern"; Ersatzwahl

Ratspräsidentin: Auf Vorschlag der FDP-Fraktion fasst der Grosse Gemeinderat einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Als Ersatz für den zurückgetretenen Peter Wegmann (FDP) wird Philipp Marti (FDP), Rütliweg 69, 3072 Ostermundigen, per 1. März 2010 als Mitglied der Spezialkommission „Tram Region Bern“ gewählt.

10.23.50 Netzwerk / Infrastruktur (HW)

4. Informatik: Beschaffung neuer Server-Hardware 2008; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Hirsiger Ernst (SVP): Informatikprojekte haben ihre Tücken. Kostenüberschreitungen sind eher die Regel als die Ausnahme. Dieser Sachverhalt ist auch der SVP-Fraktion bekannt. Der benötigte Nachkredit von Fr. 56'895.10 ist plausibel begründet.

Trotzdem weist die vorliegende Kreditabrechnung Schönheitsfehler auf. Einer davon wird im GPK-Protokoll erwähnt. Auf diesen trete ich nicht näher ein. Die nächsten zwei will ich ebenfalls nur kurz erwähnen.

Die benötigte Erhöhung der Speicherkapazität für die Programme Axioma und Bildarchiv sowie die notwendige Beschaffung von Office 2007 Professional für die Office-Integration in NEST hätte bei sorgfältigerer Abklärung durch den IT-Verantwortlichen vermieden werden können. Das ist auch in den Erläuterungen zum Geschäft so nachzulesen.

Die SVP-Fraktion wünscht deshalb für zukünftige Informatikprojekte und daraus erwachsende Kreditanträge bessere Vorabklärungen durch die dafür zuständigen Personen. Die SVP-Fraktion stimmt dem Geschäft zu.

Gerber Philippe (EVP): Es ist allseits bekannt, dass ich mich zu Informatikprojekten stets äussere. Seit dem Beschluss im Jahre 2002, die Informatik intern zu lösen, ist dieses Thema ein Steckenpferd von mir.

Die Dienststelle Informatik hat in den letzten Jahren sehr viel gelernt. Die Ausschreibungen für Beschaffungen werden gewissenhaft und professionell vollzogen. Diesen Punkt habe ich früher oftmals bemängelt. Andere Verwaltungsabteilungen könnten sich an der Informatik ein Beispiel nehmen. Nichts desto trotz möchte ich anmerken, dass der Kredit mit über Fr. 600'000.-- überschritten worden ist. Ich habe das GGR-Protokoll aus dem Jahre 2002 hervorgeholt und das Geschäft "Beschaffung einer gemeindeeigenen Informatiklösung" zum Vergleich studiert. Dort wurde von einem jährlichen Aufwand von Fr. 350'000.-- pro Jahr (für die nächsten 10 Jahre) gesprochen. Unterdessen muss für die hausinterne EDV-Lösung mit dem doppelten Betrag gerechnet werden. Ich möchte dies nicht als Vorwurf verstanden wissen. Es soll lediglich ein Denkanstoss sein.

Ostermundigen ist eine der wenigen Gemeinden, welche die EDV-Geschäfte in Eigenregie erledigt. Die Arbeiten werden auch nicht schlecht erledigt. Es stellt sich jedoch die Frage, ob bei der nächsten grösseren Anschaffung nicht wieder eine Rechenzentrumslösung geprüft werden muss. Wie gross wäre der Preisunterschied? Dann zu mal sollte mit offenen Zahlen und nicht halbversteckten hantiert werden.

Burkhalter Hans-Rudolf (Grüne): Die SP-/Grüne-Fraktion nimmt zustimmend Kenntnis vom Geschäft. Es ist sicher unschön, dass eine Kostenüberschreitung stattgefunden hat. Als langjähriger Informatiker weiss ich, dass es sehr schwierig ist, Projektkredite über eine solch lange

Zeitdauer ohne Kreditüberschreitung zu evaluieren. Wichtig ist, dass man die Verwaltung in die Pflicht nimmt und dass alle Informationen zur Verfügung gestellt werden, um dieses Geschäft abschliessen zu können.

Gemeindepräsident Christian Zahler (SP): Besten Dank für die Kommentare. Eine Kreditüberschreitung ist unschön und niemand hat Freude daran. Der von Ernst Hirsiger erwähnte Schönheitsfelder ist durch die lange Laufzeit begründet. Die Anschaffung von Axioma (Geschäftskontrolle) war zu diesem Zeitpunkt noch nicht bekannt. In der Dienststelle IT hat eine starke Entwicklung stattgefunden. Da kann es notwendig werden, weitere Entscheide zu fällen, wie dies hier der Fall ist.

Beim "Professionell" lag das Problem darin, dass wir uns auf eine einzige Offerte der Firma Talus abgestützt haben. Es war bekannt, dass diese Firma nicht alles gewünschte liefern kann. Man ging davon aus, dass die Offerte ausreichen würde, um auf der sicheren finanziellen Seite zu sein. Das Problem ist dort aufgetaucht, wo die Firma Talus nicht liefern konnte und zusätzliche Kosten entstanden sind. Auch dieser Sachverhalt ist unschön.

Votum Philippe Gerber: Besten Dank für die Attestierung, dass wir professionelle Ausschreibungen vornehmen. Die Grundsatzfrage betreffend die IT werden im Zusammenhang mit dem Neubau "Verwaltungszentrum" wiederum überprüft. Dieser Sachverhalt gilt für den Gemeinderat nach wie vor. Im Moment fahren wir so weiter wie bisher.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Von der Kreditabrechnung über „Informatik; Beschaffung neuer Hardware 2008“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 606'895.10, wird Kenntnis genommen.
2. Zur Deckung der Kreditüberschreitung wird ein Nachkredit von Fr. 56'895.10 bewilligt.

42.2.42	Leitungsnetz; Hauptleitungen, Neuerstellung
42.3.42	Abwasseranlagen; öffentlich, Neuerstellung (früher: 42.312)
42.3.43	Abwasseranlagen; öffentlich, Unterhalt (früher 42.313)

5. Überbauung "Hättenberg" / "Grube" und Bereich Waldweg: Erschliessung und Erneuerung der Wasser- und der Abwasserleitungen; Kreditbewilligung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig.

Hausammann Hans-Rudolf (SVP): Die SVP-Fraktion hat Freude an der vorliegenden Botschaft. Ernst Synes wurde im letzten Jahr von uns gerügt. Heute wird uns eine super Botschaft vorgelegt. Diese ist wegweisend für die Zukunft. Wir danken für die Ausarbeitung und wir werden dem Geschäft zustimmen.

Werner Michael (FDP): Ich kann mich den Voten des Vorredners anschliessen. Die FDP-Fraktion unterstützt das Geschäft ganz klar. Die Vorlage ist detailliert und gut ausgearbeitet. Merssi viu mau!

Biner Jacques (SP): Auch die SP-/Grüne-Fraktion kann dem Geschäft zustimmen. Herzlichen Dank den Gemeindebetriebe für die Vorlage. Die Wünsche der Finanzkommission wurden umgesetzt. Die Sanierung der Leitungen ist sinnvoll. Die Arbeiten werden erst ausgeführt, wenn die Verträge mit den Privaten vorhanden sind. Es ist gut, dass die privaten Leitungen auch separat erstellt und verrechnet werden. Wir wünschen für die Zukunft solche klare Kreditanträge!

Bruderer Walter (FORUM): Ich möchte mich den Dankesworten der Vorredner anschliessen. Wir begrüssen besonders, dass im Kostenvoranschlag für die privaten Leitungen ein separates Kapitel eröffnet worden ist. Wir vom FORUM können der Botschaft und somit auch dem Geschäft zustimmen.

Gemeinderat Synes Ernst (CVP): Ein historischer Moment ist eingetreten! Noch nie habe ich aus dem Parlament Lob und Freude für ein Geschäft seitens der Gemeindebetriebe vernennen dürfen, und dass obwohl es in der Vorlage um eine relativ hohe Kreditsumme handelt. Besten Dank für das Lob und den Dank, ich werde dies an die Abteilungsmitarbeitenden weiterleiten.

Ich möchte in meinem Votum ausführlicher berichten. Hier handelt es sich um eine Modellvorlage, welche richtungsweisend für die Zukunft ist. Wir haben bei diesem Geschäft eine Art Pionierarbeit geleistet. Technisch möchte ich nicht zu stark ins Detail gehen. Wir wussten lange nicht wie die Überbauung Hättenberg von statten geht. Die Vorlage muss mit der Künigrube in Verbindung gebracht werden. Diese Bauabsichten sind noch heute unbekannt und die Erschliessung mit den Werkleitungen kann nicht vollzogen werden. In diesem Gebiet ist

die Lage der Liegenschaften noch völlig unbekannt. Vorinvestitionen sind deshalb fehl am Platz.

Wir haben ein Projekt erarbeitet, welches Rücksicht auf die heutigen Anforderungen im Gebiet Hättenberg/Küntigrube nimmt. Wir wollen nichts verbauen. Es traten auch geologische Probleme auf. Ursprünglich war in der Küntigrube eine Versickerungsanlage vorgesehen. Diese Installation ist nicht möglich. Die Küntigrube ist bis zum Grundwasserspiegel geleert worden. Die benötigte Humussicht für eine Versickerung vor Ort ist nicht vorhanden. In der Vorlage ist eine private Retentionsanlage vorgesehen, welche durch Private gebaut und finanziert werden muss. Wir haben für alle Beteiligten eine optimale Lösung gefunden.

Politischer Aspekt: Die Modellvorlage - basierend auf einem Gemeinderatsbeschluss vom 15. September 2009 (Konzept für Leistungen von Privaten) - soll als Projekt- und Kreditvorlage für die künftigen Geschäfte der Gemeindebetriebe dienen. In diesem Beschluss anerkennt der Gemeinderat ausdrücklich das "System Ostermundigen", d. h. dass das Wasser- und das Abwassernetz aus zwei verschiedenen Bestandteilen besteht, und dass die privaten und öffentlichen Leitungen nicht getrennt, sondern als eine Einheit betrachtet werden müssen. Bei Sanierungen müssen die Systeme aufeinander abgestimmt werden. Es ist sinnvoll, dass die Koordination von einer Amtsstelle - der Gemeinde resp. Gemeindebetriebe - vorgenommen wird. Die Gemeindebetriebe projektieren, führen den Bau aus und finanzieren auch die privaten Leistungen vor. Die privaten Leistungen werden im nachhinein verrechnet. Die Gemeinde Ostermundigen erbringt Dienstleistungen für die Privaten, sie verhält sich bürger nah.

Diese Lösung hat ein Nachteil: Die Vorfinanzierung resp. Leistung für Dritte entspricht nicht genau den kantonalen Vorschriften. Die Revisionsstelle ROD hat bei der letzten Gemeinder Revision ebenfalls eine entsprechende Bemerkung verlauten lassen. Ebenfalls bei den Verpflichtungskrediten konnten Probleme festgestellt werden. Die Leistungen für Private waren in diesen Krediten enthalten. Doch wenn die Privaten die Rechnungen nicht bezahlt haben oder die Rechnungen nicht fakturiert werden konnten, konnten auch die Verpflichtungskredite nicht abgerechnet werden. Die Gemeindebetriebe wurden für diese Versäumnisse von diversen Stellen stets gemahnt.

Nach kantonalem Finanzrecht dürfen diese Vorausleistungen erbracht werden, wenn die Privaten die Leistungen und Beiträge vertraglich und wirtschaftlich sichergestellt haben. Unter dieser Devise haben wir eine Lösung erarbeitet. Die Lösung wurde in enger Zusammenarbeit mit dem Gemeinderat und den zuständigen Kommissionen erstellt. Entscheidend ist, dass der Kreditantrag zweiteilig aufgeführt wird. In einem Teil werden sämtliche Auflagen für die öffentlichen Leitungen ausgewiesen und in einem zweiten Teil wird die Gemeinde dazu ermächtigt, bis zu einem bestimmten Betrag (muss in der Vorlage erwähnt werden) für die Privaten Leistungen zu erbringen. Sofern der Vertrag unterzeichnet worden ist und die wirtschaftliche Sicherheit nachgewiesen werden konnte.

Wie wird die wirtschaftliche Sicherheit garantiert? Hier können verschiedene Wege (z. B. mit Banken) eingeschlagen werden. Wir haben uns für die "Drittzahlungen" entschieden. Wenn der Vertrag "Gemeindebetriebe/Grundeigentümerschaft" abgeschlossen ist, wird die Faktura für die Dienstleistungen erstellt. Bei Baubeginn sind 2/3 des Fakturabetrags und bei Bauende 1/3 zu bezahlen. Damit werden die rechtlichen Ansprüche erfüllt. Zusätzlich wird die Kostentransparenz für alle Beteiligten (öffentliche und private) geschaffen. Wir haben auf diese Weise einen "sauberen Tisch". Ich hoffe, dass mit diesem Vorgehen die Verpflichtungskredite schneller abgerechnet werden können.

Dieses Vorgehen stellt hohe Anforderungen an das Personal der Gemeindebetriebe. Wir müssen arrangieren, dass wir genügend Zeit für die Verhandlungen resp. Projekterläuterungen mit den Privaten aufbringen können. Wenn kein Vertrag abgeschlossen werden kann, dann dürfen die Gemeindebetriebe auch kein Geld ausgeben. Die Ermächtigung erfolgt nur mit Vertragsunterzeichnung sowie der Gewährung der wirtschaftlichen Sicherheit. Wenn kein Vertrag abgeschlossen werden kann, wird der Weg resp. der rechtsgültige Zustand der Leitungen via Verwaltungsrechtspflege (per Verfügung) eingeschlagen. Die Privaten müssen innert gesetzlicher Frist, der Wiederherstellungsverfügung und der Sanierung Folge leisten. Vielleicht wird das vorliegende Modell demnächst im ganzen Kanton Bern Beispiel machen.

Ratspräsidentin: Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

1. Für den Neubau der Wasser- und Abwasserleitungen für die Überbauungen „Hättenberg“/„Grube“ und den Bereich Waldweg wird zu Lasten der Investitionsrechnung ein Kredit von Fr. 1'080'030.-- (inkl. MWSt.) bewilligt (Wasser = Fr. 492'030.--, Abwasser = Fr. 588'000.--).
2. Für den Neubau und die Sanierung von privaten Wasser- und Abwasserleitungen im Waldweg wird unter Vorbehalt der rechtlich verbindlichen Zusicherung und der wirtschaftlichen Sicherstellung dem Gemeinderat die Ermächtigung in der Höhe von Fr. 166'970.-- inkl. MWSt. erteilt.

42.2.43 Leitungsnetz; Hauptleitungen, Unterhalt

6. Güterbahnhof (Güterstrasse + Ringstrasse): Erneuerung bzw. Verlegung von Wasserleitungen; Kreditabrechnung

Ratspräsidentin: Nach Auffassung der Geschäftsprüfungskommission (GPK) ist das Geschäft behandlungsreif und zulässig. Die Diskussion wird nicht erwünscht. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Von der Kreditabrechnung über „Güterbahnhof (Güterstrasse + Ringstrasse); Erneuerung bzw. Verlegung von Wasserleitungen“, abschliessend mit einer Kostensumme von Fr. 742.146.15, wird Kenntnis genommen.

10.3.72	Motionen
13.0.32	Parlamentarische Vorstösse (früher 13.32)
13.11.32	Spezielle Klassen Bolligen

7. Überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- 1. Schülern und Schülerinnen aus Ostermundigen den Zugang zu speziellen Sekundarklassen ab der 7. Klasse zur Vorbereitung auf eine weitergehende Schule zu ermöglichen.*
- 2. zur schnellen Umsetzung umgehend Verträge mit Nachbargemeinden, die eine solche Schule anbieten (zumindest mit Muri-Gümligen und Bolligen), abzuschliessen, um den Zugang bereits ab Schuljahr 2010/2011 zu ermöglichen.*

Begründung/Fragen

Mit der Einführung des Schulmodells 6/3 wurde den einzelnen Gemeinden auf der Sekundarstufe I das Festlegen der eigenen Organisationsstruktur ermöglicht. Dazu gehören:

- die Wahl zwischen einer Zwei- bzw. Dreifachselektion der Schülerinnen und Schüler am Ende des 6. Schuljahres;*
- die Wahl zwischen den fünf sich in der Zusammenarbeitsform und der Durchlässigkeit unterscheidenden Schulmodellen auf der Sekundarstufe I;*
- die Organisation des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr.*

Damit wurde es für die Gemeinden möglich, verschiedenartige auf die Struktur der Gemeinde abgestimmte Organisationsformen zu finden.

Bis Sommer 2008 hat die Gemeinde Ostermundigen mit der Gemeinde Bolligen in diesem Bereich zusammengearbeitet. Leider wurde der Vertrag ohne vorgängige Anhörung des Parlaments durch den Gemeinderat - nicht zuletzt auf Grund von Wünschen der Schulleiterkonferenz und aus demografischen Gründen - gekündigt und als Ersatz eine MSV plus (Mittelschulvorbereitung plus) in Ostermundigen selber angeboten. Durch die Zusammenlegung der Oberstufen Rothus und Dennigkofen hat sich die Situation nun jedoch verändert. Die MSV plus hat teilweise sehr positive Rückmeldungen erhalten, wird aber nicht allen Kindern gerecht. Es besteht nachweislich der Bedarf zum Zugang an eine spezielle Sekundarklasse für einzelne begabte Schüler/innen.

Die Möglichkeit, die MSV plus in Ostermundigen für Schüler/innen, welche in ihrem bisherigen Klassenverband bleiben wollen, selber betreiben und gleichzeitig das Angebot zu schaffen, eine spezielle Sekundarklasse in der nächsten Umgebung zu besuchen, ist ideal für die Struktur von Ostermundigen zugeschnitten. Man könnte hier schon fast von einer „Füfi und Weggli“ Situation sprechen.

An seiner Sitzung vom 11. September 2008, bei der Überarbeitung des Reglements über die Schulorganisation, hat der Grosse Gemeinderat auf Antrag der EVP-Fraktion mit breiter Unterstützung aller Parteien den Passus, dass Schülern von Ostermundigen der Besuch einer speziel-

len Sekundarklasse ab der 7. Klasse ermöglicht werden soll, mit grosser Mehrheit (27 Ja zu 2 Nein bei 30 anwesenden Mitgliedern) angenommen.

Aussprüche wie „Standortvorteil“, „das Eine machen (Verträge für Spez-Sek-Zugang mit umliegenden Gemeinden) und das Andere nicht lassen (MSV plus)“ sind noch in allen Ohren und auch in den Protokollen der damaligen Sitzung. Leider hat aber der Gemeinderat seit dann nichts unternommen, um diesem klar geäusserten Wunsch des Parlaments zu entsprechen. Auf Nachfrage wurde die Antwort gegeben, dass zwar der Wunsch klar gehört worden sei, der Auftrag zur Umsetzung jedoch vom Parlament nicht formuliert worden ist. Um dieses nun zu ändern, wird diese Motion eingereicht.

1

Gerber Philippe (EVP): Ich möchte in meinem Votum auf verschiedene Protokolle (GGR 13.9.2007, GR etc.) hinweisen, welche sich mit meinem politischen Vorstoss "Einfache Anfrage betreffend Kündigung des Vertrages über den Besuch von SchülerInnen der Gemeinde Ostermundigen in den speziellen Sekundarklassen des Oberstufenzentrums Eisengasse in Bolligen" befassen. Wenn ich die Protokolle nachlese und den Willen der Parlamentsmitglieder und des Gemeinderates studiere, bin ich letztendlich zum Schluss gekommen, einen erneuten politischen Vorstoss in Form der vorliegenden Motion einzureichen.

Es geht mir primär darum, den Schülerinnen und Schülern von Ostermundigen den Zugang zu speziellen Sekundarschulklassen zu ermöglichen.

Dabei handelt es sich für mich hauptsächlich um eine Standortfrage und ein Verkaufsargument für Ostermundigen. Über den pädagogischen Aspekt kann eine ausführliche Diskussion geführt werden. Die Tatsache ist, dass der Kanton eine solche Selektion ermöglicht und dass die Wirtschaft solche Angebote sucht. Es nützt nichts, wenn wir im Sozialbereich schön denken, jedoch keine Selektion und Integration anbieten. Da in Ostermundigen dieses Angebot ersatzlos gestrichen worden ist, finde ich sehr schade. In der Bildungsstrategie wird erwähnt: "...das Bildungsangebot deckt alle Bedürfnisangebote ab, so dass sich die Frage der Privatschulen für die Eltern gar nicht stellt." Dieser Sachverhalt ist in Ostermundigen noch lange nicht erfüllt.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Zusammen mit der Einführung des Schulsystems 6/3 und der Inkraftsetzung des neuen Volksschulgesetzes (1994) wurde im Kanton Bern das Untergymnasium (UG) abgeschafft. Gleichzeitig wurden an der Sekundarstufe I neue Schulmodelle eingeführt. Ostermundigen entschied sich für das sogenannte Modell "Manuel". Die Real- und Sekundarklassen wurden neu auf die Schulanlagen Dennigkofen, Mösli und Rothus verteilt. Auf die Bildung eines Oberstufenzentrums wurde bewusst verzichtet im Gegensatz etwa zu Bolligen und Ittigen. Auf Grund dieser beschriebenen Raumsituation hat man unter anderem im Vergleich zur Gemeinde Ittigen verzichtet, in Ostermundigen eine eigene spezielle Sekundarklasse zu eröffnen.

Die Stadt Bern hat den gleichen Weg eingeschlagen und führt keine speziellen Sekundarklassen. Die Gemeinden Muri und Köniz haben spezielle Sekundarklassen eingeführt, allerdings bewusst nur für das 7. und 8. Schuljahr. Das 9. Schuljahr können die Kinder - wie in der Stadt

¹ Anmerkung Protokollführer: Mit den Abkürzungen Spez-Sek und Spez-Sek-Klassen sind die „Speziellen Sekundarklassen“ gemeint.

Bern - in der Quarta am Gymnasium absolvieren. Mit andern Worten: In Bern, Köniz, Muri und Ostermundigen treten die fähigen Schülerinnen und Schüler am Ende des achten Schuljahres prüfungsfrei in die Quarta des Gymnasiums über. In Bolligen und Ittigen erfolgt der Übertritt am Ende des 9. Schuljahres in die Tertia.

Qualitativ sind beide Wege (spezielle Sekundarklassen oder Sekundarklasse mit Mittelschulvorbereitung) als Vorbereitung für den gymnasialen Bildungsgang gleichwertig. Auch das Übertrittsverfahren in den gymnasialen Lehrgang ist im ganzen Kanton identisch, egal wie die gymnasiale Vorbereitung am 7. und 8. Schuljahr organisiert ist. Es ist ein zentrales Anliegen der Bildungsstrategie der Schule Ostermundigen, ein vollständiges Bildungsangebot für sämtliche Kinder, ob leistungsstark oder leistungsschwach, in unserer Gemeinde anzubieten.

Wegen der sinkenden Schülerzahlen und der Schliessung der Schule Rothus haben wir eine veränderte Ausgangslage. Die Klassen der Sekundarstufe I sind nun nur noch auf zwei Schulanlagen (Mösli und Dennigkofen) verteilt; die Bildung einer eigenen speziellen Sekundarklasse ist jetzt auch in Ostermundigen möglich.

Auf Grund der Erfahrungen der letzten Jahre besteht kein sachlicher Grund, die Schülerinnen und Schüler nicht in Ostermundigen auf die Mittelschule vorzubereiten. Ob dies organisatorisch in speziellen Klassen oder in Sekundarklassen durch zusätzlichen Unterricht erfolgen soll, ist von pädagogischer Bedeutung, letztlich aber ein politischer Entscheid.

① Gymnasialer Unterricht (GU9)

Der Gemeinderat, die Schulkommission und die Schulleitungskonferenz sind einhellig der Auffassung, dass alle Schülerinnen und Schüler, die den gymnasialen Ausbildungsgang wählen, das Gymnasium ab dem 9. Schuljahr besuchen sollen (kein GU9). Im Mittelschulbericht 2009 des Kantons Bern ist deutlich aufgezeigt worden, dass der Kanton Bern hier im gesamtschweizerischen Vergleich Handlungsbedarf hat. Der Gemeinderat lehnt den gymnasialen Unterricht (GU9) in speziellen Sekundarschulklassen ab. Er spricht sich aus bildungspolitischen Überlegungen ohne "Wenn und Aber" für den durchgehenden vierjährigen Ausbildungsgang am Gymnasium aus. Aus diesen Gründen ist der Gemeinderat nicht bereit, mit einer Schule, welche den GU9 anbietet, wieder einen Vertrag abzuschliessen.

① Vorbereitung auf den gymnasialen Unterricht

Wie bereits dargelegt, findet im deutschsprachigen Kantonsteil der auf das Gymnasium vorbereitende Unterricht im 7. und 8. Schuljahr entweder in speziellen Sekundarschulklassen oder ergänzt mit einigen Lektionen Mittelschulvorbereitung in Regelklassen der Sekundarschule statt. Die Bildung von eigenen speziellen Sekundarklassen am 7. und 8. Schuljahr ist grundsätzlich möglich. Der Gemeinderat ist bereit, dem Grossen Gemeinderat Entscheidungsgrundlagen zu liefern, damit das Parlament in Kenntnis aller Vor- und Nachteile darüber entscheiden kann. Wie in der Bildungsstrategie festgehalten, ist es das Ziel der Gemeinde Ostermundigen ein umfassendes Bildungsangebot für alle Schülerinnen und Schüler innerhalb der Gemeinde anzubieten und auf Verträge mit anderen Gemeinden zu verzichten. Der Gemeinderat ist deshalb bereit, Punkt 1 der Motion als Postulat entgegenzunehmen.

① Stellungnahme der Schulkommission

Die Schulkommission äussert sich dezidiert gegen die Wiedereinführung der Möglichkeit, Schülerinnen und Schüler ohne Grund in einer andern Gemeinde unterrichten zu lassen. Hingegen ist die Schulkommission gerne bereit, dem Gemeinderat zu Handen des Parlaments Entscheidungsgrundlagen zu liefern über die pädagogischen Vor- und Nachteile von speziell-

len Sekundarschulklassen. Die Schulkommission ersucht deshalb den Gemeinderat, die Motion als Postulat entgegenzunehmen.

① Besonderes

Der Gemeinderat empfiehlt dem Grossen Gemeinderat den Punkt 1 der Motion als Postulat zu überweisen. Der Punkt 2 der Motion muss der Gemeinderat ablehnen. Das kantonal einheitliche Übertrittsverfahren von der Primarstufe in die Sekundarstufe I ist für das Schuljahr 2010/11 abgeschlossen. Der parlamentarische Vorstoss, ob als Motion oder als Postulat, könnte in jedem Falle frühestens auf das Schuljahr 2011/12 umgesetzt werden. Daher lehnt der Gemeinderat auch den Antragspunkt 2 ab.

Bruderer Walter (FORUM): Die Ausführungen von Thomas Iten waren sehr interessant. Ich möchte noch ein paar Anmerkungen anfügen. Es ist sinnvoll, wenn die Kinder in Ostermundigen ihren Fähigkeiten und Begabungen entsprechend zielkonform ausgebildet und gefördert werden. Gute Schulen wirken sich bekanntlich positiv aus bei der Wahl des Wohnortes.

Der Gemeinderat sollte seine Schulpolitik und seine Bestrebungen, die Kinder zielkonform auszubilden, publizieren und alle daraus ableitbaren Folgen für die Kinder, Erziehungsbeauftragten, Lehrkräfte sowie die notwendigen Mittel offen legen. Mängel aus unterschiedlicher Einschätzung von Planungs-, Organisations- und Handlungsmöglichkeiten dürfen jedenfalls nicht zu Lasten von Schülerinnen und Schülern entstehen.

Über die Schulpolitik muss künftig das Parlament, das die nötigen Mittel zur Verfügung stellen muss, wie allgemein üblich aufgrund von schriftlich begründeten Anträgen des Gemeinderates frühzeitig entscheiden können.

Um durchdachte Entscheide sowie fundiertere Voten zu fördern, erwarten wir vom Gemeinderat, dass er künftig die Antworten auf parlamentarische Vorstösse (Motionen, Postulate, Interpellationen, Einfache Anfragen) mindestens 14 Tage vor der Parlamentssitzung schriftlich beantwortet und begründet, warum er Motionen und Postulate voll oder teilweise annehmen oder ablehnen will. Die Sitzungen können mit diesem Vorgehen gekürzt werden.

Ich bin mir bewusst, dass sich das Parlament primär um den Punkt 1 des Motionswortlautes zu kümmern hat. Ich habe deshalb eine Textänderung vorbereitet:

Änderungsantrag Nr. 1 resp. Vorschlag für einen angepassten Motionsauftrag:

Der Gemeinderat wird beauftragt, begabten Schülern und Schülerinnen den Besuch spezieller Sekundarklassen zu ermöglichen.

Den Punkt 2 kann aus meiner Optik ersatzlos gestrichen werden.

Ratspräsidentin: Ich bitte die Parlamentsmitglieder Artikel 38 der "Geschäftsordnung des GGR" zu beachten und alle Änderungsanträge dem Ratsbüro schriftlich abzugeben.

Hirsiger Ernst (SVP): An der Fraktionssitzung haben sich zwei Meinungsaspekte gebildet. Aus diesem Grund hat sich die SVP-Fraktion schwer getan, eine einheitliche Meinung zu bilden. Die Stossrichtung der Motion stösst in der SVP-Fraktion grundsätzlich auf grosse Sym-

pathie. In der vorliegenden Form kann die Fraktion diese aber mehrheitlich nicht unterstützen.

Bei diesem Geschäft geht es um die Schule. In Schulfragen glauben wir, alle Experten zu sein. Schliesslich haben wir ja alle einmal mehr oder weniger lang die Schulbank gedrückt. Eltern schulpflichtiger Kinder wollen naturgemäss nur das Beste für ihren begabten Nachwuchs. Die eigenen Kinder sind in der Regel ja auch die klügsten und schönsten Sprösslinge auf der Welt. Für sie tut man doch wirklich alles. Das war vermutlich im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten der Eltern immer so und wird es wohl auch in Zukunft immer bleiben.

Heute Abend geht es offenbar um die beste Form der Vorbereitung auf den Eintritt in eine weiterführende Schule. Die Motionäre sind überzeugt davon, dass für eine bestimmte Schülergruppe nur der Zugang zu einer speziellen Sekundarklasse ab dem 7. Schuljahr in einer Nachbargemeinde die angemessene Lösung sei. Ausserdem wollen die Motionäre dem Gemeinderat Beine machen, und ihn dazu zwingen, ein an der Parlamentssitzung vom 11.09.2008 abgegebenes Versprechen einzulösen.

Die SVP-Fraktion unterstützt einerseits die Bestrebungen nach einem qualitativ guten Bildungsangebot für Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen und hat auch nichts gegen Begabtenförderung einzuwenden. Das entspricht durchaus ihren Zielen. Sie will allerdings in dieser Frage Augenmass walten lassen und das Kind nicht mit dem Bade ausschütten.

Der Punkt 2 der Motion geht der Fraktionsmehrheit zu weit. Was die Schule und die Schülerinnen und Schüler von Ostermundigen nicht brauchen, ist eine Politik, welche für ständige Unruhe im Schulalltag sorgt. Das Modell MSVplus wurde in Ostermundigen eben erst eingeführt. Wer jetzt schon behauptet, die Qualität sei gegenüber dem Modell der Spezialsekundarschule in Bolligen oder Muri schlechter, kann seine Argumente schlecht mit zuverlässigen Fakten belegen. Dafür ist der Vergleichszeitraum schlicht zu kurz.

Die SVP-Fraktion vertritt deshalb in der Mehrheit die Auffassung, die Motion sei in ein Postulat umzuwandeln oder dahingehend abzuschwächen, dass der Gemeinderat rechtsverbindlich beauftragt wird, nach einem Beobachtungszeitraum von drei bis fünf Jahren zu prüfen, den Schülern und Schülerinnen aus Ostermundigen den Zugang zu speziellen Sekundarklassen ab der 7. Klasse zur Vorbereitung auf eine weitergehende Schule wieder zu ermöglichen. Dabei müssten bei der Entscheidungsfindung die Übertrittsquoten der verschiedenen Modelle der Mittelschulvorbereitung verglichen und die Kostenfrage geklärt werden. Der Punkt 2 der Motion würde damit hinfällig. Einer entsprechend abgeänderten Motion oder einem in die gleiche Richtung zielenden Postulat würde die SVP-Fraktion zustimmen.

Die SVP-Fraktion vertritt auch klar die Meinung, dass bei ausgewiesenem Bedarf Ostermundigen aus Imagegründen selbst eine spezielle Sekundarklasse ab der 7. Klasse zur Vorbereitung auf eine weitergehende Schule eröffnen sollte. Falls die Schülerzahlen dies nicht rechtfertigen, ist eine Vertragslösung mit einer Nachbargemeinde, die ein solches Angebot führt, anzustreben.

Werner Michael (FDP): Stichwort "Bevölkerungszuwachs": Immer wieder sollen gute Steuerzahlende nach Ostermundigen zu wohnen kommen. Für mich gehört diesbezüglich dazu, dass die gegenwärtig 12 sehr begabten Schülerinnen und Schüler von Ostermundigen gezielt gefördert werden. Sicher wäre es ideal, wenn Ostermundigen eine eigene Spez-Sek-Klasse

anbieten könnte. Die Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden könnten wir ebenfalls unterstützen.

Der Berufsgattung "Lehrerschaft" möchte ich folgendes anmerken: Bankinstitute, undurchsichtige Firmengebilde und die Lehrerschaft von Ostermundigen verschicken die Post anonym (Couverts ohne Absender). Was bezweckt dieser mysteriöse Vorgang?

Mit der vorliegenden Motion wird der Artikel "Integration" nicht tangiert. Die FDP-Fraktion kann die Motion unterstützen.

Nova Colette (SP): Die Fraktion SP/Grüne hat sich eingehend mit der Motion befasst und mit all den Zuschriften und Meinungsäusserungen, die wir erhalten haben. Für die SP und die Grünen ist die Schule schon immer ein ganz wichtiges Thema gewesen. Einmal mehr zeigt sich bei dieser Motion, dass die Diskussion über Schulthemen engagiert und emotional geführt wird. Wir alle sind bei diesem Thema Experten und alle wollen das Beste für die Kinder und Jugendlichen. Was genau das Beste ist, darüber gehen die Meinungen aber auseinander. Es gibt dabei so viele individuelle Wünsche, dass es unmöglich ist, alle zu erfüllen. Dass die Gemeinden im Kanton Bern aus verschiedenen Modellen auswählen können, macht die Sache nicht einfacher. Es führt zur "Qual der Wahl".

Für uns SP und Grüne stehen Fakten und objektive Aspekte im Zentrum. Wir haben u. a. zur Kenntnis genommen, dass sowohl mit dem Modell der MSV+ ab der 7. Klasse - in Ostermundigen als auch in anderen Gemeinden - gleich viele Schülerinnen und Schüler den Sprung auf das Gymnasium geschafft haben, wie mit dem Modell Bolligen oder Muri. Das bedeutet nichts anderes, als dass leistungsstarke Schülerinnen und Schüler in diesen Modellen gleiche Chancen haben. Man kann subjektiv unterschiedliche Meinungen dazu haben - aber objektiv sagen die Fakten klar: Das heutige Ostermündiger Modell ist gut, es diskriminiert gute Schülerinnen und Schüler nicht gegenüber anderen Modellen. Interessierte Schülerinnen und Schüler nach Bolligen zu schicken, ist zwar möglich, aber nicht zwingend nötig, um ihnen optimale Chancen zu geben.

Das gibt Ostermundigen die Freiheit, seine Schulorganisation in Ruhe, ohne Zeitdruck zu überprüfen und festzulegen (inkl. die Prüfung der Spez-Sek). Wir sprechen uns für eine sorgfältige Überprüfung statt für einen überhasteten Entscheid aus. Zudem wäre es aufgrund der rechtlichen Lage gar nicht mehr möglich, einen Vertrag mit Nachbargemeinden mit Wirkung für das nächste Schuljahr zu erreichen.

Der Punkt 2 der Motion ist also nicht erfüllbar. Das gibt uns etwas mehr Zeit. Wir wollen aber auch, dass diese Zeit wirklich genutzt wird! Der Gemeinderat soll/wird uns einen Bericht vorlegen. Gestützt darauf können wir dann allfällige Änderungen beschliessen.

Für Punkt 1 erachten wir eine Umwandlung in ein Postulat als optimal. Wir können dieses Vorgehen unterstützen.

Ich persönlich habe diese Motion mitunterzeichnet, weil ich für eine gründliche Prüfung der Situation und für gute Schulangebote bin. Dass es nun erstens nicht so schnell geht, wie erwünscht, und dass es vielleicht etwas anders herauskommt, stört mich nicht, im Gegenteil.

Abschliessende Bemerkung: Unabhängig vom Votum von Walter Bruderer bin ich zum gleichen Schluss gekommen. Die Arbeitsweise des GGR zu politischen Vorstössen ist nicht optimal. Ich bin mir vom eidgenössischen Parlament her an andere Abläufe gewöhnt. Die Be-

handlung der politischen Vorstösse findet im Parlament nicht „blutt“, sondern mit einer Stellungnahme der Regierung statt. Man kennt dann die Meinung der Regierung. Manchmal sind die Fakten auch anders als im Vorstoss dargelegt. Das Ganze ist effizienter als was wir hier in Ostermundigen machen. Bitte den heutigen Sachverhalt bei Gelegenheit ändern!

Bolliger Renate (EVP): Ich möchte zum Thema als Einzelsprecherin etwas sagen, als Mitglied der Schulkommission und nicht als EVP-Fraktionssprecherin.

Die Meinungen in der EVP-Fraktion sind in dieser Frage geteilt, aber mit diesem Sachverhalt können wir leben. In der EVP haben wir keine Diktatur. Ich weiss, dass Philippe Gerber ein Anliegen aufgenommen hat, welches bei einigen betroffenen Familien Staub aufgewirbelt hat.

Ich persönlich habe nichts dagegen, wenn in diesem Jahr nochmals genau geklärt wird, wie wir in Ostermundigen die begabten Schülerinnen und Schüler fördern können. Wir könnten nochmals die beiden Wege "Spez-Sek" und "Förderung in den Sek.-Klassen" diskutieren. Da wo es nicht optimal läuft, können wir Verbesserungen anstreben. Natürlich ist es für mich auch sehr wichtig, dass begabte Schülerinnen und Schüler in Ostermundigen gut gefördert werden.

Aber für mich wäre es klar eine Bankrotterklärung, wenn wir sagen müssten, wir seien nicht in der Lage, diese Schüler selber fördern zu können. Dieses Misstrauen gegenüber unserer Schule kann ich nicht teilen. In unserer Bildungsstrategie haben wir den Leitsatz, dass möglichst alle Schüler und Schülerinnen in Ostermundigen unterrichtet werden sollen.

Daher bin ich persönlich dagegen, wieder mit andern Gemeinden einen Vertrag abzuschliessen und Schülerinnen und Schüler in eine andere Gemeinde schicken. Ich bin auch dagegen, dass das Parlament auf Grund von den kurzfristigen Informationen von heute einen Entscheid fällt. Ich würde sehr befürworten, dass der Gemeinderat ein Papier mit den nötigen Grundlagen erarbeitet und dass das Parlament anschliessend auf Grund von diesen Grundlagen entscheidet. Ansonst gibt es heute Abend einen Bauchentscheid, und dies finde ich nicht sehr förderlich für die Qualität der Schule.

Wegmann Peter (FDP): Es ist bereits viel Wesentliches und im Detail nuanciertes gesagt worden. Ich beschränke mich darum auf rein politische Aussagen.

Hier herrscht buchstäblich ein „Klassenkampf“, die Interessen sind offensichtlich verschiedenartig. Im Prinzip stehen aber klar drei Merkmale im Vordergrund. Nämlich

1. dass ein Bedarf und damit ein klarer Auftrag vorliegt, um notwendige Voraussetzungen für unsere Kinder in Bezug auf das Schul- und Weiterbildungswesen bestmöglich zu erfüllen bzw. sicher zu stellen;
2. dass wir auch in Anbetracht von der angestrebten Gemeindeentwicklung gefordert sind, diesbezüglich bedarfs- und sachgerecht zu agieren;
3. dass die Situation im Arbeitsmarkt richtig zu deuten und dementsprechend zu gewichten ist.

Punkto Voraussetzungen im Schulwesen kann es nun mal nicht sein, dass sich der Parameter auf schwächste Glieder fokussiert und damit föderative Entwicklungen für begabte und willensstarke Schüler brüskiert werden.

Bekanntlich offenbart unsere Gemeinde eine reichhaltige Bevölkerungsdurchmischung. Dies bedeutet zwangsläufig, dass für schulische Kriterien sehr differenzierte Vorgaben vorliegen. Folglich kann diesen Vorgaben nur mit segmentierten Vorgehen bedarfsgerecht entsprochen werden. Vor allem kann es nicht sein, dass wie mehrfach vorgekommen, Familien wegen unzureichenden Schulangeboten aus unserer Gemeinde weggezogen sind oder ihre Kinder - verbunden mit finanziellen Eigenaufwendungen - nach Bern in die Schule schicken. Dies steht in krassem Gegensatz zu unserer angestrebten und erhofften Gemeindeentwicklung. Folglich präsentiert sich die Stossrichtung von dieser Motion materiell und politisch als absolut qualifiziert. Und politisch insofern als relevant indem es gilt, diesen obliegenden Bedürfnissen wirksam zu begegnen. Zumal sich dies – im Gegensatz zur kürzlich im Rat genehmigten „Ferieninsel – als wesentlich bedeutungsvoller und nachhaltiger offenbart.

Abschliessend erlaube ich mir noch eine Randbemerkung zu den uns vorliegenden Stellungnahmen und Unterschriften aus Lehrerkreisen: Es liegt auf der Hand, dass solche Themen und Bestrebungen immer differenzierte Meinungen und Argumente offenbaren. Je nach dem, auf welcher Seite man steht. Klar ist zudem auch, dass sich mit diesem Vorstoss allenfalls abfolgende Konsequenzen in Bezug auf Arbeitsplatzsicherstellungen für die Lehrerschaft offenbaren könnten. Dies alleine darf aber nicht massgebend sein. Zumal auch bei unserer Lehrerschaft ein gesundes Mass an Eigenverantwortung und Weitblick darf vorausgesetzt werden.

Der aktuelle Arbeitsmarkt richtet sich nun mal - und dies im Gegensatz zur Vergangenheit - nach anderweitigen Zielrichtungen und Schwerpunkten. Ob dies positiv oder negativ ist, bleibe dahin gestellt. Im Vordergrund stehen aber klar notwendige Leitbilder und dementsprechende Massnahmen zum föderativen Gedeihen von unseren Nachkommen.

Unter dieser Erkenntnis und in diesem Sinne unterstützt die Fraktion der FDP diesen Vorstoss. Vorzugsweise unverändert als Motion.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Ich möchte zu verschiedenen Punkten der Votanten noch ergänzende Auskünfte abgeben:

① Votum Walter Bruderer

Die Bildungsstrategie ist öffentlich zugänglich. Jedes einzelne Projekt mit entsprechender Planung ist mit Kosten verbunden. Einzelne Projekte werden sogar dem Parlament vorgestellt (z. B. Informatik). Kleinere Projekte müssen im Zusammenhang mit dem Volksschulgesetz datiert umgesetzt werden. Ich bin nach wie vor bereit, die Bildungsstrategie in den Fraktionen vorzustellen. Die REVOS 2008 (Revision Volksschulgesetz) hat auch in der Gemeinde Ostermundigen ihre Spuren hinterlassen. Die nächste Revision wurde schon wieder in Aussicht gestellt (2012 Totalrevision des Volksschulgesetzes). Wir sind hier in einer Abhängigkeit verwickelt. In der Schulkommission wurde die Trennung der strategischen Ebene zur operativen Ebene - wie vom Kanton vorgesehen - bereits andiskutiert.

Die Beantwortung von Motionen mit Vorlaufzeit (wie ebenfalls von Colette Nova angesprochen) kann ich nicht als Gesamtgemeinderat beantworten. Dieser Sachverhalt muss zuerst im GR-Plenum diskutiert werden. Die Argumentation kann ich nachvollziehen.

① Änderungsantrag Nr. 1

Der Gemeinderat ist gewillt, den Punkt 1 der Motion als Postulat entgegen zu nehmen. Der Fächer der Argumentationskette soll geöffnet werden. Da können wir nicht zwei bis drei Jahre zuwarten, bis Entscheidungsgrundlagen vorliegen. An der Parlamentssitzung vom 20. Oktober 2010 muss das Papier vorliegen. Dann ist gleichzeitig der Startschuss für das Selektionsverfahren für den Übertritt von der 6. in die 7. Klasse. Gleich was letztendlich das Parlament entscheidet, diese Vorlaufzeit benötigen wir und aus diesem Grund ist der Punkt 2 der Motion für den Gemeinderat nicht umsetzbar. Der Erstunterzeichner kann den Motionstext entsprechend abändern.

① Votum Michael Werner

In der Regel besuchen 12 bis 13 Kinder die Klassen der Spez-Sek Die Austrittsquoten betragen pro Jahr ca. eine Klasse, d. h. so viele Schülerinnen und Schüler die den Weg via Spez-Sek eingeschlagen haben, so viele Schülerinnen und Schüler nehmen an den Mittelschulvorbereitungsklassen in der Gemeinde Ostermundigen teil.

All diese Punkte müssen in der Zusammenfassung der Diskussion beachtet werden. Ich mache nochmals Werbung für das Postulat, welches zusammen mit den heutigen Inputs überarbeitet und dem GGR im Oktober nochmals vorgestellt wird. Das Ganze liegt in der Hand des Erstunterzeichners.

Gerber Philippe (EVP): Für mich ist die ganze Angelegenheit zu dringlich resp. ich wurde in der Vergangenheit durch Versprechungen zu fest enttäuscht, um einer Umwandlung in ein Postulat zustimmen zu können. Eine Motion ist für den Gemeinderat verbindlich. Ich bin bereit, Abänderungen im Wortlaut zuzulassen. Ich bin mir bewusst, dass die Wünsche kurzfristig terminiert sind. Es wird schwierig sein, meinem Anliegen gerecht zu werden.

Ich habe einen **Änderungsantrag Nr. 2** für den neuen Wortlaut vorbereitet. Die Form einer überparteilichen Motion ist jedoch beizubehalten:

1. *Der Gemeinderat lässt Modelle erarbeiten wie die speziellen Sekundarklassen in Ostermundigen selber oder in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden auf das Schuljahr 2011/2012 angeboten werden können. Er unterbreitet dies dem GGR im Herbst 2010 zur Entscheidung.*

Für mich handelt es sich da um einen strategischen Entscheid. Ich habe bewusst das GU9 nicht erwähnt. In diesem Fall hat der GGR und nicht der Gemeinderat über ein solches Angebot zu entscheiden. Oftmals habe ich den Eindruck, dass der Gemeinderat alles spannende selber entscheiden will. Doch das Parlament ist auch noch da! Das Ganze soll nicht in eine grosse Diskussion ausarten. In der REVOS 2012 wird unter Punkt 9 *Optimierung Sekundarstufe 1* erwähnt: *Die künftige Ansiedlung des gymnasialen Unterrichts im 9. Schuljahr wird im Rahmen von REVOS 2012 geklärt.* An diesen Sachverhalt kann ich nicht glauben. Doch dieser Leitsatz ist so festgehalten.

Im **Änderungsantrag Nr. 2** möchte ich noch einen zweiten Punkt festhalten. Für mich muss ein Übertritt bereits in diesem Jahr ermöglicht werden. Ich bin mir bewusst, dass das Selektionsverfahren bereits abgeschlossen ist. Ich sehe deshalb den folgenden Wortlaut vor:

2. *Um schon auf das Schuljahr 2010/2011 den Zugang an spezielle Sekundarklassen für Schüler aus Ostermundigen zu ermöglichen, werden besonders begabten Schülerinnen und Schülern, welche einen von der Erziehungsberatung festgestellten IQ von > 130 erreichen*

und die deshalb Anrecht auf spezielle Förderung haben, auf Wunsch der Zugang zu speziellen Sekundarklassen in Bolligen und/oder Muri ermöglicht.

Damit würde einigen Kindern die Möglichkeit geschaffen, mit klaren Kriterien zu urteilen und von den speziellen Fördermassnahmen zu profitieren. Ich wiederhole hier nochmals den abgeänderten Wortlaut der überparteilichen Motion.

1. *Der Gemeinderat lässt Modelle erarbeiten, wie die speziellen Sekundarklassen in Ostermundigen selber oder in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden auf das Schuljahr 2011/2012 angeboten werden können. Er unterbreitet dies dem GGR im Herbst 2010 zur Entscheidung.*
2. *Um schon auf das Schuljahr 2010/2011 den Zugang an spezielle Sekundarklassen für Schüler aus Ostermundigen zu ermöglichen, werden besonders begabten Schülerinnen und Schülern, welche einen von der Erziehungsberatung festgestellten IQ von > 130 erreichen und die deshalb Anrecht auf spezielle Förderung haben, auf Wunsch der Zugang zu speziellen Sekundarklassen in Bolligen und/oder Muri ermöglicht.*

Riesen Norbert (SP): Es zeichnet sich ein klarer Wille Seitens des Parlamentes ab: Der Entscheid soll auf der Ebene "Parlament" gefällt werden. Dieser Sachverhalt spricht für eine Motion. Auf der anderen Seite will dieser Entscheid niemand fällen. Die Entscheidungsgrundlagen sollen überarbeitet werden. Ich schlage vor, die Motion als Zusammenstellung der Entscheidungsgrundlagen zu überweisen. Wir können nicht eine Motion überweisen, welche bereits Teilentscheide vorweg genommen hat und mögliche Modelle ausschliesst. Ich kann den Punkt 1 des Änderungsantrag von Philippe Gerber unterstützen. Über den zweiten Teil des Wortlautes sollte separat abgestimmt werden. Ich glaube nicht, dass bei Punkt 2 eine Mehrheit dafür ist.

Wagner Rahel (EVP): Eigentlich wollte ich mich zu diesem Thema nicht äussern. Etwas liegt mir aber auf dem Herzen. Es hat sich klar abgezeichnet, dass die beiden Modelle MSV und Spez-Sek gegen einander ausgespielt werden. Dieser Sachverhalt wurde mit den Briefen der Privatfamilien und der Lehrerschaft zusätzlich gestärkt. Hier handelt es sich zweifelsfrei um eine heikle Situation. Ich möchte festhalten, dass der Entscheid klar durch die politischen Behörden zu fällen ist! Ich bin überzeugt, dass mit dem MSV-Angebot eine ebenso gute Abdeckung vorgenommen werden kann wie mit dem Spez-Sek-Angebot. Es gibt Eltern, welche die Spez-Sek dem MSV-Angebot vorziehen.

Das Schulreglement sieht eine Regelung für eine Spez-Sek unmissverständlich vor. Auch der Absatz in der Bildungsstrategie ist klar formuliert. Die Gemeinde Ostermundigen muss die Spez-Sek grundsätzlich anbieten. Ich bin jedoch gespannt. Ich möchte dem Parlament das Postulat schmackhaft machen. Der Gemeinderat soll die Vorlage ausarbeiten und uns Zahlen betreffend die Finanzen etc. vorlegen.

Ich kann mich den Äusserungen von Norbert Riesen zu Punkt 2 anschliessen. Der Vorschlag von Philippe Gerber würde in diesem Fall ein klares Präjudiz schaffen. Wir könnten von der Spez-Sek nicht mehr zurücktreten.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Rahel Wagner hat mit ihren Äusserungen die Frage von Philippe Gerber bereits beantwortet. Ich schlage auch den abgeänderten Punkt 2 dem Parla-

ment zur Ablehnung vor. Auch der geänderte Punkt 2 wäre in Form eines Postulates sinnvoller. Die Skepsis von Philippe Gerber kann ich verstehen. Ich bin gerne bereit, auf ein Postulat einzutreten.

Es ist wichtig, dass Postulat mit einem klaren Auftrag und ohne Bauchentscheid zu befürworten. Der Punkt 1 ist der Kernpunkt des politischen Vorstosses. Ich empfehle dem Parlament, den Änderungsantrag Nr. 2 abzulehnen. Es ist mir ein grosses Anliegen, bei wichtigen Themen die Personen direkt anzusprechen und mittels Steuerungsausschuss die Mitwirkung zu gewährleisten.

Nova Colette (SP): Wir haben ein klares Versprechen von Thomas Iten vernommen. In der Oktober-Sitzung soll dem Parlament ein umfassender Bericht sowie gute Entscheidungsgrundlagen vorgestellt werden. Ich gehe davon aus, dass der Bericht auch bei einer Abänderung der Motion dem Parlament zur Kenntnisnahme vorgelegt wird.

Zum Vorgehen: Ich befürworte ebenfalls das Postulat oder eine Motion, welche die wegweisende Richtung offen lässt. Die Gründe für eine Spez-Sek sind nun allen klar. Dies muss Teil der Entscheidungsgrundlagen sein.

Votum zu Arbeitsmarkt: Für den Arbeitsmarkt Schweiz ist es sehr wichtig, dass für die jungen Leute ein möglichst gutes Bildungsangebot geschaffen wird.

Wenn eine Schülerin oder Schüler den Gymer verlässt, kümmert sich kein Arbeitgeber darum, ob der Bildungsweg via MSV+ oder Spez-Sek erreicht worden ist. Es zählt primär der Gymerabschluss und möglichst gute Noten. Der Weg für den Abschluss ist nicht erheblich.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Ich kann eine Vorlage und keinen umfassenden Bericht zuhanden des Parlamentes versprechen. Es ist relativ schwierig über Schülerinnen und Schüler, welche die Gemeindegrenze überschreiten, zu Informationen zu gelangen. Wir haben gute Grundlagen schaffen können und die Erfahrungszahlen liegen bereits vor. Im Rahmen des Verwaltungsberichtes kann keine umfassende Dokumentation erwartet werden.

Bruderer Walter (FORUM): Ich möchte darauf hinweisen, dass wir nur den 1. Teil des Vorstosses „Gerber“ als Motion unterstützen. Im 2. Teil wird bereits von Verträgen gesprochen und dies wollen wir nicht à priori.

Ich appelliere an die Intelligenz von Thomas Iten und weise darauf hin, dass Kindern in dieser Situation im Sinne einer Übergangslösung attestiert wird. Der 2. Teil des Wortlautes hat nur den Charakter eines Postulates. Ich schlage deshalb vor, den Punkt 1 als Motion und den Punkt 2 als Postulat (mit fachgerechtem Text) zur Abstimmung zu bringen.

Gemeinderat Iten Thomas (SP): Rahel Wagner hat in ihrem Votum bereits vom Präjudizschaffen gesprochen. Zuerst ist eine fundierte Auslegeordnung vorzunehmen. Wir können das Resultat dieser Auslegeordnung nicht bereits heute bestimmen. Der Punkt 2 des Wortlautes nimmt aber eine Präjudizierung vor. Es macht wenig Sinn, diesen Punkt 2 umzusetzen. Das Selektionsverfahren ist bereits abgeschlossen. Die Planungsphase auf Seite der Schule ist

ein Riesending und diese ist zurzeit in vollem Gange. Änderungen haben Nachfolgewirkungen und diese können wir nicht zulassen.

In Punkt 1 hat ein Postulat den Charakter einer Auslegeordnung und ist in diesem Fall das richtige Instrument. Der Motionstext muss vielleicht in einen Postualtstext mit verbindlicher Änderung umformuliert werden.

Gerber Philippe (EVP): Ich bin nach wie vor überzeugt, dass die Form der Motion das richtige Instrument ist, d. h. ein klarer und verbindlicher Auftrag an den Gemeinderat, etwas zu erarbeiten. Es ist kein Vorentscheid jedoch ein klarer Auftrag an den Gemeinderat, welchen er bis heute nicht wahrgenommen hat. Jede andere Form von politischem Vorstoss kommt nicht in Frage.

Wenn der Wortlaut gesplittet werden kann, so bin ich damit einverstanden, dass über die beiden Punkte des Wortlautes einzeln abgestimmt wird. Der Punkt 2 ist für mich jedoch genau so wichtig wie der Punkt 1 des Wortlautes. Der von mir eingesetzte Wert kommt von der GEF. Ein Kind mit diesem IQ hat Anrecht auf Fördermassnahmen. Wenn der Wunsch vorhanden ist, soll diesem in der Übergangsphase entsprochen werden. Die Tatsache ist die, dass in Ostermundigen seit zwei Jahren das Angebot der Spez-Sek nicht mehr angeboten wird. Dieser Sachverhalt ist untragbar. Aus diesem Grund möchte ich so schnell wie möglich reagieren können, auch wenn die Ansprüche sehr hoch sind.

Bruderer Walter (FORUM): Ich ziehe den Änderungsantrag Nr. 1 zurück und unterstütze den gemeindrätlichen Wortlaut.

Ratspräsidentin : Philippe Gerber hält an seinem abgeänderten Wortlaut (siehe Änderungsantrag Nr. 2) in Form seiner Motion fest. Dieser lautet wie folgt:

- 1. Der Gemeinderat lässt Modelle erarbeiten wie die speziellen Sekundarklassen in Ostermundigen selber oder in Zusammenarbeit mit Nachbargemeinden auf das Schuljahr 2011/2012 angeboten werden können. Er unterbreitet dies dem GGR im Herbst 2010 zur Entscheidung.*
- 2. Um schon auf das Schuljahr 2010/2011 den Zugang an spezielle Sekundarklassen für Schüler aus Ostermundigen zu ermöglichen, werden besonders begabten Schülerinnen und Schülern, welche einen von der Erziehungsberatung festgestellten IQ von > 130 erreichen und die deshalb Anrecht auf spezielle Förderung haben, auf Wunsch der Zugang zu speziellen Sekundarklassen in Bolligen und/oder Muri ermöglicht.*

A b s t i m m u n g

- Die Ziffer 1 des abgeänderten Motionswortlautes wird mit 16 zu 12 Stimmen angenommen.
- Die Ziffer 2 des abgeänderten Motionswortlautes wird mit 18 zu 11 Stimmen abgelehnt.

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Zugang für Schüler/innen aus Ostermundigen an eine spezielle Sekundarschule wird begründet und abgeändert: Punkt 1 wird erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen. Punkt 2 wird abgelehnt.

10.3.72 Motionen
10.14.40 Regionalkonferenz Bern-Mittelland (Bernplus)

8. Überparteiliche Motion betreffend Regionalkonferenz: Potenzielle Aufgaben der Gemeindeparlamente; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem Grossen Gemeinderat Regelungen vorzuschlagen, damit der Grosse Gemeinderat die im Gemeindegesetz erwähnten, möglichen Aufgaben für Gemeindeparlamente optimal erfüllen kann.

Begründung/Fragen

1.

Art 150 Volksreferendum und Behördenreferendum

¹ *Zwei Prozent der Stimmberechtigten oder zehn Prozent der Gemeinden im betreffenden Gebiet können innert 90 Tagen seit der Bekanntmachung eine regionale Abstimmung verlangen zu einem Beschluss der Regionalversammlung über:*

- a die in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstände,*
- b die Änderung und die Aufhebung der Reglemente zur Erfüllung von weiteren Aufgaben der Regionalkonferenz und*
- c den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements.*

² *Soweit die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördenreferenden nicht anders regeln, ist der Gemeinderat zuständig.*

Art. 151 Volksinitiative und Behördeninitiative

¹ *Fünf Prozent der Stimmberechtigten oder zwanzig Prozent der Gemeinden können mit einer Initiative verlangen:*

- a den Beschluss über einen in der besonderen Gesetzgebung bezeichneten Gegenstand,*
- b den Erlass, die Änderung und die Aufhebung des Reglements zur Erfüllung von weiteren Aufgaben,*
- c den Erlass und die Änderung des Geschäftsreglements und*
- d die Auflösung der Regionalkonferenz.*

² *Soweit die Gemeinden die Zuständigkeit für Behördeninitiativen nicht anders regelt, ist der Gemeinderat zuständig.*

³ *Initiativen können die Form einer einfachen Anregung oder eines ausgearbeiteten Entwurfs haben, dürfen nicht mehr als einen Gegenstand betreffen und müssen eine vorbehaltlose Rückzugs Klausel sowie die Namen der Rückzugsberechtigten enthalten.*

⁴ *Initiativen sind innert sechs Monaten ab Beginn der Unterschriftensammlung bei der Geschäftsstelle einzureichen.*

⁵ *Die Geschäftsleitung erklärt rechtswidrige oder undurchführbare Initiativen nach Anhörung des Initiativkomitees ungültig.*

- ⁶ Gültige Initiativen werden den Stimmberechtigten unterbreitet, wenn sie die Auflösung einer Regionalkonferenz zum Gegenstand haben oder wenn die Regionalversammlung das Begehren ablehnt.

In der Stadt Bern wurde die Zuständigkeit für RK-Initiativen und RK-Referenden dank einer überwiesenen Motion der Legislative übertragen. Für die Unterzeichnenden ist es wichtig, dass a) das Parlament VOR derart wesentlichen Änderungen konsultiert wird und b) der Gemeinderat sowie der Gemeindepräsident wissen, was das Parlament aus welchen Gründen und mehrheitlich dazu meint.

2.

Laut Gemeindegesetz Art. 153 ist das Parlament vor allen wichtigen RK-Entscheidungen zu konsultieren. Nach einer solchen Befragung kann der Gemeindepräsident, als Vertreter der Gemeinde Ostermundigen, seine RK-Stimme in Kenntnis der Mehrheits-Meinung des Parlaments abgeben. Nachstehend der Wortlaut des Artikels:

Art. 153 Geschäftsbericht, Informations- und Konsultationsrechte

- ¹ *Die Regionalkonferenzen legen in Geschäftsberichten jährlich Rechenschaft ab über ihre Tätigkeiten. Wo Gemeindeparlamente bestehen, werden ihnen die Geschäftsberichte direkt unterbreitet.*
- ² *Die Regionalkonferenzen orientieren die Öffentlichkeit regelmässig über ihre Tätigkeiten und informieren frühzeitig und umfassend über geplante Vorhaben von regionaler Bedeutung.*
- ³ *Zu wichtigen Vorhaben konsultieren sie vorgängig die zuständigen kantonalen Stellen, die Gemeinden und soweit nötig die übrigen kommunalen Körperschaften, die regional organisierten politischen Parteien und bei Bedarf die weiteren interessierten Kreise. Wo Gemeindeparlamente bestehen, werden diese ebenfalls konsultiert.*

Unseres Erachtens ist es nötig, dass das Parlament die ihm ermöglichte Verantwortung wahrnimmt und sich mit dem Geschäftsbericht der RK sowie mit den zugewiesenen RK-Geschäften sorgfältig auseinandersetzt, damit a) Geschäfte ggf. von der RK geändert oder zurück gezogen sowie b) Initiativen und Referenden in Ostermundigen behandelt würden.

Fürs Parlament und die Parteien ist es wichtig, dass RK-Geschäfte, die sich einmalig oder wiederkehrend auf Ostermundigen auswirken können, frühzeitig im Parlament behandelt werden. Darum haben die RK und die Gemeinden ihre Terminplanung analog den Fixterminen für die eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen grundsätzlich aufeinander abzustimmen. Sollte über Initiativen oder Referenden abgestimmt werden, wären die Ortsparteien über den Inhalt der Geschäfte gut im Bild.

Ratspräsidentin: Rahel Wagner hat die Motion ebenfalls unterzeichnet und darf an der anschliessenden Diskussion teilnehmen.

Schenk Madeleine (FORUM): Dem Motionstext habe ich nichts beizufügen, ich möchte Ihnen aber mitteilen, warum dieser Vorstoss zustande gekommen ist. Zuerst möchte ich aber den Mitunterzeichnern für die Unterstützung danken.

Am 30. Oktober 2009 nahm ich an der Tagung „Agglomerationskommission“ im Hotel Holiday Inn, West-Side Bern teil. Einerseits widmete sich die Veranstaltung dem Thema Regional-

konferenz Bern-Mittelland. Andererseits referierte Prof. Paul Messerli von der Uni Bern über Zusammenarbeitsformen und Entwicklungsmöglichkeiten in der regionalen Zusammenarbeit auf dem Weg zur Hauptstadtregion Schweiz.

In der anschliessenden Podiumsdiskussion befanden Regierungsrat Andreas Rickenbacher, Alexander Tschäppät mit Dominique Folletête (Gemeindepräsident von Bremgarten und Präsident der Geschäftsleitung RK Bern-Mittelland) unter Leitung von Claude Longchamp über das Konzept „Hauptstadtregion Schweiz und die Positionierung des Grossraums Bern im nationalen Raumkonzept“. An der Veranstaltung nahmen rund 60 Personen, bestehend aus oben erwähnten Personen sowie Frau Elsbeth Maring-Walther, Vizepräsidentin RK, dem Organisationskomitee, VertreterInnen der Parlamente aus den Regionsgemeinden und der Medien teil. An dieser Stelle möchte ich festhalten, dass dieser Anlass sehr informativ und interessant war. Übrigens die diesjährige Tagung Agglomerationskommission findet am 5. November 2010 statt!

Ich hatte mich für den Workshop „Organisation und Funktionsweise RK Bern-Mittelland“ angemeldet. Die Ausgangsfragen dazu waren:

- Welche Organe und Zuständigkeiten besitzen die RK gemäss Gemeindegesetz und Geschäftsreglement?
- Wie funktioniert die Regionalkonferenz in der Praxis und welche Aufgaben wird sie in Zukunft erfüllen?
- Welche Mitwirkungsmöglichkeiten haben die kommunalen Parlamente?

Um unter diesem letzten Punkt optimal Einfluss nehmen zu können, statt Umwege über verlängerte Prozesse (sprich Unterschriftensammlung) machen zu müssen, haben wir diese überparteiliche Motion lanciert.

Die Regionalkonferenz wird bestimmt wichtige Entscheide fällen, die sich auf die RK-Gemeinden auswirken, und zwar in mancher Hinsicht, auch finanzbezogen. Es ist darum nötig und sinnvoll, wenn sich das Parlament rechtzeitig zu wichtigen Vorlagen äussern kann. Die Gemeindepräsidenten, die ihre Gemeinde in der Regionalkonferenz vertreten, sollten unseres Erachtens wissen, ob die gesetzgebende Behörde ihrer Gemeinde die Anträge der Regionalkonferenz unterstützen oder aus welchen Gründen ablehnen.

Da in der Regionalkonferenz auch Initiativen und Referenden möglich sind, kann die Regionalkonferenz ihre Terminplanung zwangsläufig nicht losgelöst vom Terminkalender von Bund und Kanton festlegen. Wir sind überzeugt, dass es in der Regionalkonferenz kaum super dringliche Geschäfte gibt, die in den Gemeinden keine sorgfältige Entscheidungsfindung erlauben. Die Planung von finanziellen Aufwänden muss ja zwangsläufig auch in den Finanzplanungen der Gemeinden mitberücksichtigt werden.

Wir bitten den Rat um Unterstützung dieses überparteilichen Vorstosses.

Wagner Rahel (EVP): Ich empfehle die Motion zur Annahme. Auch ich durfte die Agglomerationstagung besuchen. Es war ein interessanter Event. Die ganze Komplexität der Regionalkonferenz wurde aufgezeigt. Viele Geschäfte bedingen die Sichtweise über die Gemeindegrenze hinaus und zu diesen Geschäften wollen wir Kommunalpolitiker uns ebenfalls äussern dürfen.

Bruderer Walter (FORUM): Die Motion ist aufgrund der kantonalen Abstimmungsbotschaft (17. Juni 2007) entstanden. Bereits am 1. Juni 2010 und 9. Dezember 2010 werden die ersten beiden Regionalkonferenzen stattfinden. Die Regionalkonferenzen werden voraussichtlich zweimal pro Jahr stattfinden. Die Parlamentsgemeinden sollen zu wichtigen Fragen Stellung nehmen können. In der Abstimmungsbotschaft wird ebenfalls Artikel 141 erwähnt. Ich zitiere:

Die Regionalkonferenzen nehmen nach Massgabe der besonderen Gesetzgebung insbesondere die folgenden obligatorischen Aufgaben wahr:

- a. *die regionalen Richt-, Gesamtverkehrs- und Siedlungsplanung sowie deren gegenseitige Abstimmung;*
- b. *die regionale Kulturförderung und*
- c. *die Erfüllung der regionalen Aufgaben nach der Vorgabe der Gesetzgebung über die Regionalpolitik.*

Ist es nun sinnvoll, die anstehenden Probleme in Eigenregie zu lösen? Selbstverständlich kann der Gemeinderat dem Gemeindepräsidenten Verhaltenspflichten für die Abstimmungen auferlegen. Doch wir sind ein Parlament und sollten daran interessiert sein, unsere Haltung zu wichtigen Aufgaben und Entscheiden dem Gemeinderat und dem Gemeindepräsidenten mitzuteilen. Dies ist für mich ein besonders wichtiger Punkt!

In der GGR-Botschaft wird erwähnt, dass der Gemeinderat das Parlament regelmässig zu orientieren hat. Aus meiner Sicht darf es nicht nur bei der Orientierung bleiben. Wir sollten auch die Gelegenheit zur Diskussion erhalten. Unter Umständen haben wir zu Initiativen und Referenden Stellung zu nehmen. Es ist sicher auch für den Gemeindepräsidenten besonders wertvoll, wenn er die Meinung des Parlamentes kennt. Ich bitte deshalb das Parlament, den vorliegenden Vorstoss zu akzeptieren.

Hirsiger Ernst (SVP): Ich finde das Anliegen berechtigt und habe aus diesem Grund die Motion mitunterzeichnet. Wie wird die Mitwirkung des Parlamentes gestaltet? Man kann auch über das Ziel hinausschiessen. Mir persönlich ist es wichtig, zu gewissen Fragen als Parlamentarier Stellung nehmen zu können. Jedes Detailproblem der Regionalkonferenz will ich gar nicht zu Kenntnis nehmen. Beschlüsse von grosser Tragweite sind durch den mandatierten Gemeindepräsidenten in die Regionalkonferenz einzubringen.

Bruderer Walter (FORUM): Ich verstehe die Intervention von Ernst Hirsiger. Im Wortlaut der Motion ist explizit erwähnt: *Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR Regelungen vorzuschlagen, damit der GGR...* Hier wird genau auf den Spielraum hingewiesen. Ich gehe davon aus, dass der Gemeindepräsident zusammen mit dem Gemeinderat uns Parlamentarier Vorschläge unterbreitet, welche er vernünftigerweise auch handhaben kann.

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Es geht dabei hauptsächlich um die Frage, wo die Zuständigkeit für Behörden-Referenden und Behörden-Initiativen angesiedelt wird. Andere Fragen, wie z. B. die Terminierung von regionalen Geschäften, können nicht auf lokaler Stufe geregelt werden. Der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen, weil es mittlerweile den Normalfall darstellt, dass Gemeinden mit einem Parlament die Zuständigkeit für das Ergreifen von regionalen Behörden-Referenden und Behörden-Initiativen dem Parlament übertragen. Dem Gemeinderat scheint es sinnvoll zu sein, diese Zuständigkeit in allen

Parlamentsgemeinden zumindest ähnlich zu regeln. Die Idee, für alle betroffenen Gemeinden eine gleichlautende Regelung zu finden, ist bereits nicht mehr umsetzbar.

Obwohl der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegen zu nehmen, möchte er auf ein paar kritische Punkte hinweisen:

- Es ist offensichtlich, dass Gemeinden, die die Zuständigkeit für Behörden-Referenden und Behörden-Initiativen der Exekutive übertragen - und das sind alle Gemeinden, die kein Parlament haben - relativ rasch zu einem Entscheid kommen. Die Wahrscheinlichkeit, dass bei der Behandlung eines Referendums oder einer Initiative im Ostermundiger Parlament bereits entschieden ist, dass das nötige Quorum erreicht wird oder dass es auch mit der Stimme Ostermundigens nicht erreicht wird, ist relativ gross.
- Offensichtlich ist deshalb auch, dass die Gemeinde in der Regionalpolitik rascher handeln könnte, wenn die Zuständigkeit bei der Exekutive bleiben würde.
- Zu bedenken ist weiter, dass es bei Behörden-Referenden und Behörden-Initiativen keine gewichteten Stimmen gibt. Die Stimme Ostermundigens hat gleichviel Gewicht wie die Stimme einer Gemeinde mit ein paar hundert Einwohnerinnen und Einwohnern. Wir werden also genau dort den grössten Aufwand für unsere Stimmabgabe betreiben, wo wir am wenigsten Gewicht in die Waagschale werfen können.

Der Gemeinderat ist sich aber auch bewusst, dass Behörden-Referenden und Behörden-Initiativen ohnehin nicht die griffigsten Instrumente sind, um die Region vorwärts zu bringen. Es geht bei diesen Instrumenten darum, bei gewichtigen, regionalen Geschäften eine breite Mitbestimmung zu ermöglichen und dieser keine allzu hohen Hürden in den Weg zu stellen. Die Gemeinde wird in der Regionalpolitik trotzdem eine aktive Rolle spielen; dies in erster Linie über das Engagement ihrer Vertreterinnen und Vertreter in den regionalen Behörden.

Wie gesagt, der Gemeinderat ist bereit, die Motion entgegen zu nehmen.

Ratspräsidentin : Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Der Grosse Gemeinderat fasst einstimmig den folgenden

B e s c h l u s s :

Die überparteiliche Motion betreffend Regionalkonferenz; potenzielle Aufgaben der Gemeindeparlamente wird begründet, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
63.6.63 Projekte Jugendarbeit

10. Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, bis September 2010 ein Konzept mit Massnahmen zur Familienförderung zu erstellen. Im Konzept wird aufgezeigt, welche Angebote bereits existieren und welche Lücken bestehen. Der Schwerpunkt wird im Vorschulalter gesetzt. Der Gemeinderat unterbreitet dem Grossen Gemeinderat mögliche Umsetzungsmassnahmen.

Der Gemeinderat bezeichnet eine Familien-Koordinations-Stelle, welche die Vernetzung der Angebote im Familienbereich sicherstellt.

Begründung

In Ostermundigen existieren bereits viele Angebote im Vorschulalter:

- *Mütter-Väterberatung*
- *Kindertagesstätte/ Tagespflege*
- *Projekt schritt:weise*
- *Verschiedene Angebote von Kirchen und Freikirchen*
- *Der Elternverein bietet u. a. Mütter-Kind-Sprachkurs, Spielgruppen und Kinderhütedienst an*
- *Eltern-Kinder-Treff*
- *Etc.*

In Ostermundigen gibt es zwar eine Bildungsstrategie und ein Altersleitbild. Aber es fehlt ein umfassendes Konzept im Familienbereich.

Die Vernetzung der Angebote im Vorschulbereich war bisher nicht Auftrag der Gemeinde Ostermundigen. Sie findet zwar zunehmend auf Initiative von einzelnen Personen statt.

Zunehmende Familienarmut, neue Familienformen und der steigende Integrationsbedarf sind Herausforderungen, welche ein Familienkonzept rechtfertigen und zwingend eine verstärkte Vernetzung benötigen. Private, Vereine und Kirchen haben in den letzten Jahren sehr viel investiert und ein sehr gutes Angebot etabliert. Die Gemeinde Ostermundigen braucht nun eine Koordinationsstelle, damit wichtige Angebote auch in Zukunft sichergestellt sind und evtl. auch ausgebaut werden können.

Mit diesen Massnahmen soll angestrebt werden, dass möglichst viele Familien unterstützt und Lücken im Netz gefüllt werden können. Ähnlich wie im Projekt „ZIO“ soll nicht ein völlig neues Konzept über Bestehendes gestülpt werden, sondern von der Basis her das Angebot gefestigt, unterstützt, erweitert und koordiniert werden.

Ratspräsidentin: Gemäss meinem Eingangsvotum wird das Traktandum 10 (Motion "Familienkonzept" vor dem Traktandum 9 (Motion "Eltern-Kind-Treff") behandelt.

Bolliger Renate (EVP): Ich möchte zu den vorliegenden Aussagen noch einige Anmerkungen anbringen. Das Familienkonzept, welches ich heute fordere, soll vor allem eines: Lücken schliessen wo es im Familienbereich noch welche gibt. In Ostermundigen soll ein gut funktionierendes, soziales Netz vorhanden sein. Wir haben im Familienbereich viele gute Angebote. Und hier ist Ostermundigen schon recht fortschrittliche!

Was ich mit dieser Motion nicht sagen möchte ist,

- dass in Ostermundigen nichts läuft im Familienbereich;
- dass die Gemeinde alles übernehmen soll, was Private oder Vereine machen und dass ich alles professionalisieren möchte;
- dass der Gemeinderat nun eine neue Stelle schaffen muss, damit die Motion erfüllt werden kann.

Mit dieser Motion möchte ich vielmehr eine politische Diskussion, vor allem über den Vorschulbereich anregen. Die Familie scheint zur Zeit ein politischer Brenner zu sein, vor allem wenn man die Wahlslogans anschaut! Familienthemen sind politisch von grosser Bedeutung, jedoch war der Vorschulbereich lange eher privat. Man will sich ja auch nicht mehr als nötig in die Familien einmischen. Viele Angebote in Ostermundigen sind gut gelaufen, also musste man sich auch nicht so gross darum kümmern. Ausser natürlich wenn es um den gesetzlichen Teil oder um die Fremdbetreuung gegangen ist. Vor 10 Jahren hatte der Vorschulbereich noch nicht diese Brisanz wie heute. Aber je länger je mehr weisen Fachleute darauf hin, dass man präventiv eben ganz früh, das heisst wenn Kinder sehr jung sind, anfangen und hinschauen muss. Daher wurde ja schon auch das Projekt "schritt:weise" lanciert.

Ich möchte, dass mit diesem Familienkonzept der gesamte Vorschulbereich genau unter die Lupe genommen und geklärt wird, wie weit Ostermundigen im präventiven Bereich gehen will. Zwischen der gesetzlichen Kinder- und Jugendarbeit, bis zu dem, was heute oft auf freiwilliger und ehrenamtlicher Ebene läuft, ist ein grosser Spannungsbogen. Hier möchte ich, dass klarer wird, wie weit der politische Wille geht. Es muss auch klarer werden, welche privaten Angebote von der Gemeinde als wichtig und zwingend notwendig angeschaut und unterstützt werden. Ein Beispiel ist eben dieser Eltern-Kind-Treff.

Ein gutes Beispiel dafür sind die Spielgruppen. Diese werden privat und vom Elternverein durchgeführt. Vor 10 Jahren waren die Spielgruppen bestimmt schon sehr wertvoll, aber heute sind sie zwingend notwendig. Was ist, wenn der Elternverein nun aus irgend einem Grund Raumprobleme bekommt? Wie weit soll die Gemeinde hier mit verantwortlich sein? Genau solche Fragen muss dieses Konzept klären. Oder jeder und jede, der mit Kindern arbeitet weiss, dass wir in Ostermundigen ein Raumproblem für Aktivitäten mit Kindern haben. Daher gehört auf jeden Fall auch ein Raumkonzept zu diesem Familienkonzept.

Meiner Meinung nach ist die Ernennung einer Familienkoordinationsstelle sinnvoll. Diese kann den anstehenden Fragen nachgehen. Sie hat den Auftrag, die Angebote untereinander zu vernetzen. Sie ist für Familien eine Anlaufstelle, wenn Fragen oder Probleme auftreten. Eltern oder Neuzuziehende könnten sich hier informieren, ohne gleich das Gefühl zu haben, man müsse sich auf dem Jugendamt melden.

Ich könnte natürlich noch lange weitere Ausführungen machen. Ich hoffe, dass Ihr mein Anliegen nachvollziehen könnt und dass die Motion die Unterstützung des Parlamentes findet.

Gemeinderat Rüedi Urs (SVP): Der Gemeinderat erklärt sich bereit, die vorliegende Motion entgegen zu nehmen. Wie die Motion festhält, fehlt es in Ostermundigen an einem übergeordneten Familienkonzept. Neben der Gemeinde (Kita, Projekt schrittweise, Leistungsvereinbarung mit dem Elternverein im Bereich Tagespflege) gibt es zahlreiche private und kirchliche Institutionen, welche im Bereich der Familien tätig sind.

Das Konzept soll ein Planungsinstrument der Gemeinde sein. Der Gemeinderat bestimmt, welche Angebote unterstützt, evtl. sogar ausgebaut werden sollen, und was nicht weiter verfolgt wird. Das Konzept hat auch den Vorteil, dass eine Übersicht des Angebots in diesem Bereich erstellt wird.

Ob es eine Familienkoordinationsstelle seitens der Gemeinde braucht, soll im Konzept beantwortet werden. Eine solche Stelle benötigt Ressourcen (Personal, Finanzen usw.).

Die Frist für die Ausarbeitung eines Familienkonzepts inklusive Massnahmen zur Familienförderung bis September 2010 ist zu kurz. Das Konzept soll für den Budgetprozess 2012 fertig sein (Mai 2011).

Ratspräsidentin: Motionärin Renate Bolliger, kannst Du der Terminänderung zustimmen? - Sie nickt!

Wegmann Peter (FDP): Die vorliegende Motion macht durchaus Sinn. Trotzdem stellen sich für die FDP-Fraktion noch einige Fragezeichen. Natürlich hat sich unsere Gesellschaft und unser Lebensbereich massiv verändert. Dass mitunter nicht einfache Familienverhältnisse und teils spezielle Kriterien in gewisser Hinsicht Abhilfe abverlangen, negieren wir nicht. Letzten Endes kann es aber wohl nicht sein, dass nun einfach alles pauschal auf die Gemeinde und damit auf unsere Steuerzahlenden abgewälzt wird.

Es ist sicher nicht zuviel verlangt, dass zumindest etwelche Eigenverantwortung - gepaart mit entsprechenden Eigenbemühungen - vorausgesetzt werden darf. Und dies selbst in Anbetracht von den nunmehr modernen Lebensgewohnheiten wie auch den vielfach differenziert vorhandenen Kulturen. Ausserdem darf festgestellt werden, dass unsere Gemeinde und nicht zuletzt auch viele ortsansässige Vereine bereits ein hohes Mass an familiären Beiträgen und Entlastungen leisten.

Auf Grund dieser Feststellungen können wir dieser Motion nicht zustimmen, wir werden uns der Stimme enthalten.

Schär Roger (parteilos): Die Gemeinde Ostermundigen investiert viel in die Integration. Integration gelingt dann, wenn ein gutes Angebot, welches fördert und fordert, vorhanden ist. Wer Integration nicht fördert, zahlt deshalb später die Zeche. Eine generelle Ausdehnung der Angebote ist jedoch nicht möglich. Darum ist es notwendig, dass die bestehenden Angebote gut koordiniert werden. Deshalb braucht es ein Familienkonzept! Dies gilt nicht nur für Angebote, dies gilt auch für Synergien in den Infrastrukturen. Darum ist Koordination resp. eine bessere Vernetzung wichtig.

Besonders Freiwillige bleiben länger bei der Stange, wenn sie funktionierende Infrastrukturen vorfinden. Das macht es einfacher, solche Dienstleistungen länger anzubieten. Nicht immer sind aber die freiwilligen Angebote auch in einem guten Kosten-/Nutzenverhältnis. Die Ge-

meinde braucht deshalb ein Konzept, aus dem abgeleitet werden kann, was es zu fördern gilt und was nicht.

Um es klar zu machen: Ein neues Konzept kostet viel Geld. Dieses Geld muss es uns wert sein. Aber nur wenn das Konzept dann auch umgesetzt wird. Deshalb unterstützen wir diese Motion und wollen helfen, dass der Bericht nicht anschliessend in einer Schublade verschwindet.

Wir werden wohl nie die günstigste Gemeinde in der Agglomeration sein, auch wenn wir die Steuern senken bis wir Blut schwitzen. Aber was wir tun können, ist folgendes: zu günstigen Preisen gute Angebote zur Verfügung stellen und freiwillige Angebote fördern.

Wenn es dann heisst, Ostermundigen ist als Wohnort interessant, weil er gute Angebote zur Verfügung stellt und wir deswegen gut in der Presse erscheinen können, dann ist das Standortwerbung erster Güte. Wir haben bereits gute Angebote. Mit etwas mehr Koordination und den notwendigen Infrastrukturen könnte mit wenig Geld, gutes geschaffen werden.

Wegmüller Thomas (SVP): Auch die SVP-Fraktion hat das Geschäft intensiv geprüft. Es macht Sinn, gewisse bestehende Angebote koordiniert zusammenzufassen. Die SVP-Fraktion kann sich diesem "Call-Center" resp. Auskunftsstelle positiv gegenüberstellen. Wir befürchten jedoch, dass hier zusätzliche Arbeitsstellen geschaffen werden. Das Parlament hat ein Budget mit einem Minusbetrag verabschiedet. Bereits an der ersten Sitzung im neuen Jahr wird von neuen Stellen gesprochen (evtl. sogar eine Chefbeamtenstelle).

Die SVP-Fraktion wird bei dieser Motion frei entscheiden.

Bruderer Walter (FORUM): Wir fragten das Jugendamt über die Beurteilung dieses Vorstosses. Herr Gafner sagte, es wäre aus seiner Sicht sinnvoll, festzulegen, was künftig zu den Aufgaben der Gemeinde gehört und was nicht. Aus dieser Überlegung hinaus sind wir bereit, den Vorstoss zu unterstützen.

Bolliger Renate (EVP): Die SVP-Fraktion hat nicht gut zugehört! Mit der Motion resp. dem Familienkonzept sollen keine Mehrstellen geschaffen werden. Es ist im Wortlaut festgehalten: *...sie bezeichnen eine Koordinationsstelle...* Das bedeutet nicht, dass eine neue Arbeitsstelle geschaffen werden muss. Das Ganze muss mit den Ressourcen des Jugendamtes über die Bühne gehen. Wenn der Gemeinderat weitergehende Vorschläge macht, kann eine politische Diskussion über das Vorgehen von statten finden.

Wegmann Peter (FDP): Wir haben alle sehr gut zugehört - auch Thomas Wegmüller. Es muss nicht sein, aber es kann durchaus sein, dass Mehrstellen geschaffen werden.

Gemeinderat Rüedi Urs (SVP): Es soll kein fliegender Teppich sein! Das Ganze soll im Sinne von Renate Bolliger erarbeitet werden und die Details werden anschliessend im Parlament diskutiert.

Weibel Monika (CVP): Die CVP-Fraktion unterstützt die Motion. Wir möchten das Anliegen mit der bestehenden Bildung in Verbindung bringen.

Ratspräsidentin : Es liegen keine weiteren Wortmeldungen mehr vor. Ich verlese nochmals den abgeänderten Wortlaut der Motion:

Der Gemeinderat wird beauftragt, bis Mai 2011 ein Konzept mit Massnahmen zur Familienförderung zu erstellen...

Der Grosse Gemeinderat fasst mit 21 zu 10 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion EVP-Fraktion betreffend Familienkonzept in der Gemeinde Ostermündigen wird begründet, im Wortlaut abgeändert, erheblich erklärt und an den Gemeinderat überwiesen.

10.3.72 Motionen
63.6.63 Projekte Jugendarbeit

9. Motion EVP-Fraktion betreffend Weiterführung des Eltern-Kind-Treffs; Begründung und Beantwortung

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, nach Ablauf des Mietvertrages des Eltern-Kind-Treffs im Pavillon der reformierten Kirche die Weiterführung dieses Treffs sicher zu stellen und geeignete Räumlichkeiten dafür zu finden.

Begründung

Diese Motion steht im Zusammenhang mit dem geforderten Familienkonzept. Da bei diesem Angebot jedoch eine spezielle Situation vorliegt, ist eine separate Motion nötig. Der Eltern-Kind-Treff besteht seit vielen Jahren im Pavillon der ref. Kirche und wird von freiwilligen Müttern betrieben.

Nun ist dieser Pavillon baufällig und der Eltern-Kind-Treff muss demnächst ausziehen. Frühester Zeitpunkt: Frühling 2010 nach den nächsten Messungen, ob der Pavillon noch benutzt werden kann. Spätester Zeitpunkt: Abbruch des Pavillons und Erstellung eines Neubaus durch die ref. Kirche.

Bisher haben sich die Mütter selber organisiert. Das war möglich, weil der Raum von der ref. Kirche gratis zur Verfügung stand.

In Zukunft wird es jedoch für freiwillige, engagierte Eltern schwer werden, ohne Geld etwas Geeignetes zu finden. Dieses Angebot ist aber aus Ostermundigen nicht mehr weg zu denken, da es eines der wenigen niederschweligen Angebote im Vorschulalter ist. Daher soll der Eltern-Kind-Treff nicht vom Goodwill der ref. Kirche, einen Raum zur Verfügung zu stellen, und von freiwilligen Müttern, welche den Treff leiten, abhängen.

Begründung für die Notwendigkeit dieses Angebotes:

- *Wichtiger Treffpunkt für Mütter mit Kleinkindern, Neuzuzüger/innen, alleinerziehende Mütter, arbeitslose Mütter und Väter*
- *Niederschwelliges Angebot*
- *Interkultureller Austausch*
- *Sprachliche Integration*
- *Einige Mütter aus dem Projekt schrittweise („ZIO“ Zusammenleben in Ostermundigen) besuchen neuerdings diesen Treff. Er hat eine wichtige Vernetzungs- und Integrationsrolle.*
- *Für die Mütter- und Väterberatung ein wichtiger Ort, wo Mütter/Väter hingewiesen werden können.*

Es wäre sehr schade, wenn dieser Treff plötzlich nicht mehr stattfinden könnte und dann später evtl. alles von vorne wieder aufgelegt werden müsste.

Bolliger Renate (EVP): Das Anliegen des Eltern-Kind-Treffs gehört natürlich inhaltlich voll und ganz zum vorangehenden Familienkonzept. Weil hier eine spezielle Situation vorliegt, musste ich die beiden Themen auseinander nehmen. Das Anliegen wurde an mich heran ge-

tragen, denn es sah im Winter noch so aus, als ob dieser Eltern-Kind-Treff nächstens ein Raumproblem haben wird. Diesen Treff haben Mütter privat organisiert und dies schon seit vielen Jahren. Er gehört eigentlich nicht zur reformierten Kirche, diese hat jedoch freundlicherweise den Raum zur Verfügung gestellt.

Zum heutigen Zeitpunkt ist es für mich zwingend, dass dieses Angebot inhaltlich im Rahmen des Familienkonzeptes angeschaut wird. Weil es eines der wenigen niederschweligen Angebote im Vorschulbereich ist. Aber das Thema dieser Motion ist das Raumproblem. Der Pavillon hatte sich in den letzten Jahren gesenkt, und so wurde jedes halbe Jahr eine Messung durchgeführt, die berichtete, ob der Pavillon noch genutzt werden darf.

Von der reformierten Kirche habe ich die Information erhalten, dass der Pavillon voraussichtlich bis in den Sommer 2011 genutzt werden kann. Falls in der Zwischenzeit weitere Probleme auftreten, muss der Betrieb des Pavillons vielleicht sofort eingestellt werden. Damit dieser Eltern-Kind-Treff dann nicht plötzlich doch noch zwischen Tisch und Stuhl fällt, möchte ich die Motion aufrecht erhalten. Falls es dort Probleme gibt, bevor das Familienkonzept steht, soll die Gemeinde diesen Eltern-Kind-Treff in der Raumsuche unterstützen. Ich hoffe, dass ich im Rat Unterstützung dafür finde.

Gemeinderat Rüedi Urs (SVP): Der Gemeinderat ist bereit, den politischen Vorstoss höchstens als Postulat entgegen nehmen. Der Eltern-Kind-Treff erfüllt sicherlich eine wichtige Aufgabe innerhalb der Gemeinde. Es muss dabei in zwei Sachen unterschieden werden:

1. Inhalt des Eltern-Kind-Treffs
2. Frage des Standortes

① Inhalt des Eltern-Kind-Treffs

Wie bereits erwähnt, ist der Eltern-Kind-Treff ein gutes Angebot innerhalb der Gemeinde. Es gibt noch einige andere gleiche oder ähnliche Angebote seitens privater Personen, aber auch der Kirchen und sonstigen Institutionen. Die Gemeinde Ostermundigen muss klären, welche Angebote unterstützt werden und welche nicht. Innerhalb eines Familienkonzeptes (Motion Familienkonzept in der Gemeinde Ostermundigen) wird diese Gewichtung vorgenommen. Eine Präjudizierung für den Eltern-Kind-Treff darf nicht vor dem Familienkonzept gemacht werden. Daher ist auf eine finanzielle Unterstützung bis zur Genehmigung eines Familienkonzeptes zu verzichten.

① Fragen des Standortes

Die Gemeinde verfügt in der Schnelle nicht über entsprechende Räumlichkeiten. Es stellt sich auch die Frage, ob andere Vereine, Institutionen oder Privatpersonen nicht das gleiche Recht auf Räume beanspruchen könnten. Weil aber das Angebot des Eltern-Kind-Treffs nach Auffassung des Jugendamtes nicht wegen des Fehlens von Räumlichkeiten eingehen sollte, ist das Jugendamt gerne bereit, beim Suchen von Räumen in Zusammenarbeit mit der Abteilung Hochbau und Abteilung Bildung, Kultur, Sport behilflich zu sein.

Ich bitte das Parlament, den Vorstoss in Form eines Postulates zu überweisen.

Bruderer Walter (FORUM): Wir können der Argumentation von Urs Rüedi vollständig folgen. Bevor geklärt ist, ob dieser Eltern-Kind-Treff zu den künftigen Aufgaben des Jugendamtes gehört, sollte die Verwaltung den heutigen Organisatoren lediglich gezielte Hilfe bei der

Suche eines neuen Standorts anbieten. Wir sind überzeugt, dass für die Treff-Durchführung auch Schul- und andere Zimmer der Gemeinde zur Verfügung stünden. Zum Beispiel der 2. Kindergarten auf der Rüti. Möglich wäre vermutlich auch die Mitbenützung des Karate-Trainingsraums am Rütieweg 101 oder von Schulräumen. Wir werden nur einem Postulat zustimmen.

Schär Roger (parteilos): Wer könnte schon etwas gegen eine Weiterführung des Eltern-Kind-Treffs haben? Auch wir sehen die wichtigen sozialen Aufgaben und wertvollen Angebote, die dieser Treff anbietet. Besonders gut gefällt uns aber, dass der Eltern-Kind-Treff aus Eigeninitiative entstanden und geführt wird und nicht von der Gemeinde angeboten wird.

Bei dieser Motion geht es nun aber darum, ein Raumproblem zu lösen. Es wird wohl in Zukunft noch mehrere Trägerschaften oder Vereine geben, welche ein Raumproblem haben werden. Es wird wohl schwierig, all diesen Begehren gerecht zu werden und einen fairen Schnitt zu machen. In diesem Sinne ist eine Mehrheit unserer Fraktion für eine Umwandlung in ein Postulat.

Wegmann Peter (FDP): Da dieser Eltern-Kind-Treff etwelchen Bedarf darstellt, wird auch von unserer Fraktion voll estimiert. Als sinnvoll bewerten wir diese Institution zudem insofern, als sich offenbar dabei auch vielfach Eltern und Kinder aus verschiedenen Nationalitäten begegnen und kommunizieren. Was somit auch sinnvolle Gelegenheiten zu Integrationsbestrebungen offenbart. Folglich präsentiert sich dieser Vorstoss eigentlich durchaus als legitimiert.

Trotzdem: Was wir als störend empfinden ist der Sachverhalt, dass der Motionstext in keiner Art und Weise den finanziellen Aspekt - sprich ein Kostendach - mit einbindet. Was quasi ein „Freipass“ bedeutet. Da wir nicht bereit sind, „eine Katze im Sack“ zu kaufen, werden wir diesen Vorstoss - sofern der Text nicht diesbezüglich ergänzt bzw. verändert wird - nicht unterstützen.

Bolliger Renate (EVP): Ich bin bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Das Anliegen ist nicht ganz so dringend, wie zuerst angenommen.

2

Ratspräsidentin : Es liegen keine Wortmeldungen mehr vor. Die Motionärin hat sich einverstanden erklärt, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Ich verzichte auf das Verlesen des Wortlautes. Der Grosse Gemeinderat fasst mit 30 zu 0 Stimmen den folgenden

B e s c h l u s s :

Die Motion EVP-Fraktion betreffend Weiterführung des Eltern-/Kindtreffs wird begründet, in ein Postulat umgewandelt, erhebt und an den Gemeinderat überwiesen.

² Christian Zeyer (SP) tritt um 20.30 Uhr der Sitzung bei. Es sind 34 Ratsmitglieder anwesend.

11. Orientierung des Gemeinderates

a) Brasserie TELL; Beendigung des Mietverhältnisses per 30. September 2010

Gemeindepräsident Zahler Christian (SP): Die Gemeinde Ostermundigen hat mit der Restaurant Tell AG einen auf drei Jahre befristeten Mietvertrag abgeschlossen. Dieser Vertrag läuft per Ende September 2010 (ohne Option) aus. Im Verlauf der letzten zweieinhalb Jahre hat die Mieterschaft verschiedene Beachtungen und Vereinbarungen nicht eingehalten. Die Gemeinde hat bis heute keinen finanziellen Schaden erlitten. Die Vorkommnisse haben jedoch das Vertrauensverhältnis beachtlich gestört. Die Voraussetzungen für einen erneuten Vertragsabschluss sind aus der Sicht des Gemeinderates nicht mehr gegeben. Eine gesunde Vertrauensbasis fehlt gänzlich!

Der Gemeinderat hat beschlossen, mit der Restaurant Tell AG keinen neuen Mietvertrag mehr abzuschliessen. Der Gemeinderat bedauert die Entwicklung. Er ist jedoch nicht bereit, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen und eine unbefriedigende Situation weiter zu führen.

Es ist dem Gemeinderat ein grosses Anliegen, dass die Räumlichkeiten des Tells ab dem Herbst nicht leer stehen werden. Aus betrieblicher Sicht soll ein nahtloser Übergang gewährleistet werden. Der Gemeinderat prüft momentan diverse Optionen. Verbindliche Entscheide konnten bis heute noch nicht gefällt werden. Der Gemeinderat wird das Parlament über konkrete Ergebnisse weiter informieren.

b) Rücktritt aus dem Gemeinderat

Gemeinderätin Norton Boss Ursula (EVP): Für mich ist die Zeit zum Zurücktreten gekommen. Der günstige Stand der Entwicklungen und Aufgaben im Departement Öffentliche Sicherheit unterstützen meinen Entschluss zum Rücktritt. Ich durfte eine spannende und lehrreiche Zeit als Departementsvorsteherin verbringen. Ich habe meine Gemeinderatsmitglieder über meinen Rücktritt per 31. Juli 2010 informiert. Der Nachfolger - Gerhard Baumgartner - konnte bereits bestimmt werden.

Ich hoffe, dass ich an der nächsten GGR-Sitzung das Geschäft "ADL" noch über die Bühne bringen kann. Diese letzte Angelegenheit ist gut vorbereitet und mit dem letzten Entscheid seitens des Parlamentes werde ich leben können. Beruflich werde ich ebenfalls noch eine intensive Zeit bis zur Pensionierung vor mir haben.

----- Applaus -----

10.3.72 Motionen
40.3.11 Verkehrsplanung, Allgemein

12. Motion FORUM-Fraktion Abweisung von Transitverkehr durch Ostermundigen sowie Temporeduktion zwischen "COOP-Rüti und Rörswil"; parlamentarischer Neueingang

1. Auftrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, bei Rörswil die Ein-/Ausfahrt mit Motorfahrzeugen für den *Transit* durch Ostermundigen zu unterbinden, die Geschwindigkeit im erwähnten Strassenabschnitt zu reduzieren, mit dem Ziel,

- a. mehr Wohnqualität und verbesserte Sicherheit für die Anwohner zu erreichen sowie
- b. die ÖV-Fahrzeuge (Bus, Tram) im jederzeit problemlosen Vorwärtskommen zu unterstützen.

2. Begründung

Immer mehr Auto- und Töfffahrer benützen die Bernstrasse als Transitweg via Ostermundigen. Doch bereits heute gibt es nicht nur während der „Rushhours“ mehr als genug Verkehr auf der Bernstrasse, was einerseits zu vermeidbarem Lärm und Abgasen zu Lasten der Anwohner führt und andererseits die Sicherheit aller Strassenbenützer vermindert. Ausserdem werden die Busse im fahrplanmässigen Vorwärtskommen behindert.

Solange die Ein-/Ausfahrt bei Rörswil nicht gesperrt ist und die Ersatzstrasse durch die Künftigrube fehlt, muss mindestens der viel benützte Transitweg durch Ostermundigen von/nach Deisswil für Motorfahrzeuge verhindert werden. Möglichkeiten, dies im erwähnten Strassenbereich zu tun, gibt es mehrere: Wegweiser, Signalisationen, Temporeduktion und -Überwachung, Schnellfahrt-Hindernisse usw.

Ein analoger Vorstoss vom 14.1.1993 ist noch hängig. Im Verwaltungsbericht 2006 war zu lesen: Die „Einfahrt Steingrübli“ wird durch den Verzicht auf eine sofortige Erstellung der Entlastungsstrasse durch die Grube vergrössert. Im Verkehrskonzept werden Massnahmen im Steingrübli von der Entlastungsstrasse abhängig gemacht.

Inzwischen wissen wir, dass das Oberfeld überbaut wird und die Tramplanung läuft. Die nötigen Massnahmen daraus sind jetzt einzuleiten und rasch umzusetzen. Die Motion von 1993 kann abgeschrieben werden, sofern dieser Vorstoss zur Ausführung durch den Gemeinderat überwiesen wird.

sig:

W. Bruderer, M. Schenk, T. Bendoza, R. Rüfli

10.3.72 Motionen
10.17.50 Saalbau TELL; Allgemeines, Tarif etc.

13. Motion EVP-Fraktion betreffend Vermietung des Tell-Saals an die Business Academy Corp. und Erstellung von Vermietungskriterien; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt,

- a. die Vermietung des Tell-Saals an die umstrittene Business Academy Corp. zu überprüfen sowie den Mietvertrag unverzüglich zu kündigen;
- b. falls noch nicht vorhanden, Kriterien für die Vermietung des Tellaals zu erstellen.

Begründung

- Die Gemeinde Ostermundigen vermietet den Tell-Saal jeweils Montag- und Dienstagabend an die Business Academy Corp., eine Firma, welche im Bereich „persönliche und finanzielle Entwicklung“ Seminare und Trainings anbietet. Dabei werden vorwiegend junge Leute angelockt.
- Regelmässig gerät die Business Academy Corp. in die Schlagzeilen. Gegen die Firma wurden schon mehrere Klagen erhoben. Seit März 2009 läuft bei der Zürcher Staatsanwaltschaft eine Strafuntersuchung, eingeleitet durch die Stiftung für Konsumentenschutz. Auch der K-Tipp hat das Unternehmen im Visier. Es steht dort auf der Warnliste „Allgemeine Konsumentenfallen und Firmen, zu denen bei K-Tipp, Saldo oder Kassensturz viele Reklamationen eingehen“.
- Zur weiteren Begründung gilt der Artikel „Business Academy Corp.: Vorsicht“ der Stiftung für Konsumentenschutz vom September 2009 als Bestandteil dieser Motion (siehe Anhang).
- Die EVP-Fraktion ist der Meinung, es sei unserer Gemeinde unwürdig und ethisch nicht vertretbar, den gemeindeeigenen Tell-Saal an eine solche Firma zu vermieten.
- Es ist notwendig, dass der Gemeinderat für die Vermietung des Saals Kriterien mit klaren Vorgaben, welche ethische Grundsätze zu berücksichtigen sind, erstellt.

sig:

R. Wagner, R. Bolliger, Ph. Gerber, B. Schröter, P. Wagner

Beilage

Vorsicht! der Stiftung für Konsumentenschutz, Bern (Ausgabe Sept. 2009)

10.3.72 Motionen
10.0.11 Reglemente Gemeinde (früher: 10.11)

14. Überparteiliche Motion für eine effizientere Behandlung von parlamentarischen Vorstössen; parlamentarischer Neueingang

Wortlaut

Der Gemeinderat wird beauftragt, dem GGR eine Änderung der rechtlichen Grundlagen zu unterbreiten, mit der die Behandlung von parlamentarischen Vorstössen verbessert werden soll. Parlamentarische Vorstösse sollen dem GGR in Zukunft zusammen mit einer begründeten Stellungnahme des Gemeinderates unterbreitet werden.

sig:

C. Nova (SP), W. Bruderer (FORUM), M. Schenk (FORUM) N. Riesen (SP), R. Mahler (SP), R. Kehrlí (SP), J. Biner (SP), B. Hirt (Grüne), R. Rñfli (FORUM), M. Werner (FDP), H.R. Burkhalter (Grüne), A. Dogan (SP), C. Zeyer (SP), R. Bolliger (EVP), R. Wagner (EVP), M. Weibel (CVP), E. Hirsiger (SVP), M. Müller (SVP)

Ratspräsidentin : Ich danke Euch allen für die interessanten Voten und die Disziplin und möchte die heutige Sitzung mit den Worten eines unbekanntes, aber scheinbar ganz klugen Mannes abschliessen:

*Ein Nagel hält ein Eisen,
das Eisen ein Ross,
das Ross den Mann,
der Mann die Burg
und die Burg das ganze Land.*